

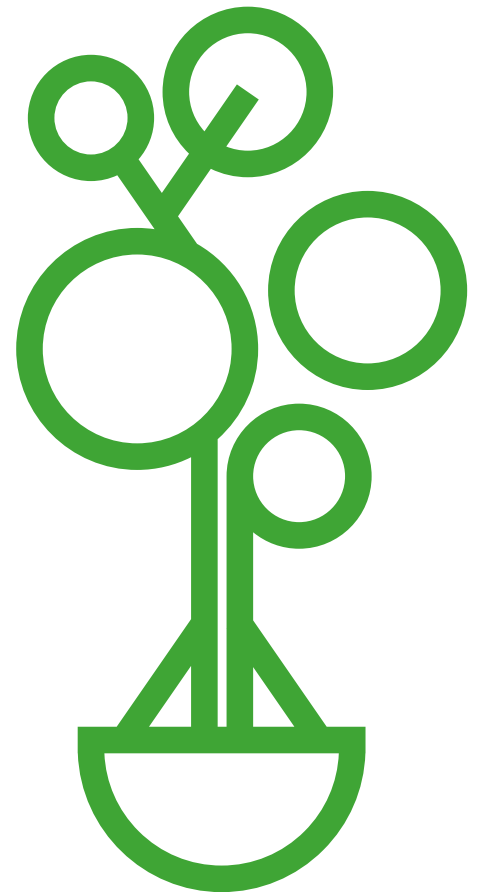
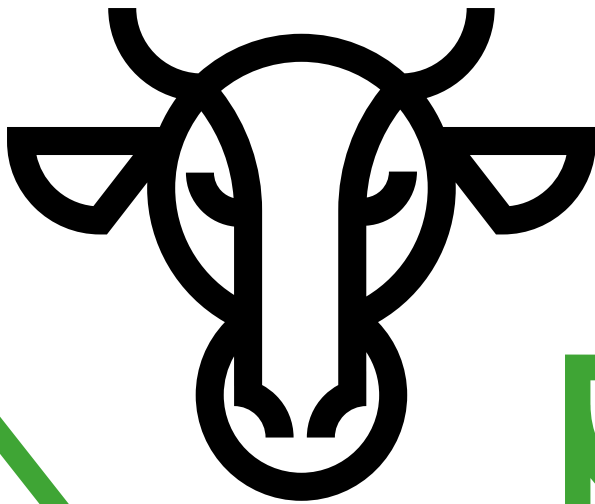
12/2017

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BERLIN



# STACHLIGE ARGUMENTE

No.198



## 1 JAHR ROT-ROT-GRÜN

Wir fühlen uns verantwortlich,  
Berlin als Ganzes zu gestalten.

## FEINER BEIGESCHMACK

SirPlus – wo gerettete Lebensmittel verkauft werden

## DEMOKRATIE WIRD AUS MUT GEMACHT

Der Umgang mit dem Volksentscheid Tegel



# GRÜNZEUG

DAS WÖRTERBUCH

## WAS IST EIGENTLICH EIN LANDFUSSABDRUCK?

Der Landfußabdruck – englisch »land footprint« – ist ein errechenbarer Indikator darüber, was ein Wirtschaftsraum an landwirtschaftlichen Flächen zu seiner Versorgung braucht. In dem Begriff verdrückt sich die Frage, wie Land genutzt wird: für Tierzucht, den Anbau von Lebens- oder Futtermitteln, Produktion von Bio-Sprit etc. Automatisch schließen sich Themen wie Landgrabbing, Verlust von Bio-Diversität oder Verdrängung der den Boden bewirtschaftenden Bevölkerung an.

### UNSER FOOTPRINT IN ZAHLEN

40 Prozent der von der EU genutzten landwirtschaftlichen Fläche liegt außerhalb Europas, die Pro-Kopf-Nutzung an Ackerland ist 1,5 mal höher als im globalen Durchschnitt, die Nutzung von Nicht-EU Ackerland steigerte sich von 1990 bis 2009 um 23 Prozent. Dabei geht es nicht nur um Kaffee oder Kakao: Unsere heimische Massentierhaltung ist ohne importiertes Viehfutter nicht denkbar.

Die EU scheint ein Riese, der – zu schwer, zu dick und ohne Rücksicht – durch die Welt stapft und dabei seinen Fußabdruck hinterlässt ...

# 02

### DISKURS

MIETPREISENTWICKLUNG  
ÖKO-ALLTAGSTIPPS  
VOLKSENTSCHEID TEGEL  
WEIHNACHTSGLOSSE  
FRAUENPOLITIK

# 11

### PANORAMA

**EIN JAHR R2G BERLIN –  
WAS NOCH?**  
GRÜNE JUGEND

**FEINER BEIGESCHMACK**  
GRÜNE UNTERNEHMEN

# 16

### SCHWERGEWICHT

**1 JAHR  
ROT-ROT-GRÜN**

STIMMEN VOM LAVO,  
AUS DER FRAKTION UND  
VON DEN SENATOR\*INNEN  
RAMONA POP,  
DIRK BEHRENDT UND  
REGINE GÜNTHER

### VOR ORT

**BERICHTE AUS**  
FRAKTION, LAGen UND AGen  
SOWIE KREISVERBÄNDEN

# 26

---

# DIE WÜRFEL SIND GEFALLEN

---

IN BERLIN (LAND) SEIT EINEM JAHR,  
IN BERLIN (BUND) SEIT EINIGEN MONATEN.

Neue Anfänge, zu denen die neue Redaktion der Stachligen Argumente ihren Teil beitragen möchte. Drei Menschen unterschiedlichen Alters und mit verschiedenen Interessenschwerpunkten bilden das neugewählte Team. Von links nach rechts: Claudio Prillwitz (Bildung, Recht), Beate Achilles (Wirtschaft, Umwelt), Stefan Zednik (Kultur).

Wir wollen nicht alles neu, nicht alles anders machen. Nach wie vor wird hier natürlich viel über die konkrete Arbeit der Grünen in Berlin zu lesen sein. Und doch wollen wir einige frische Akzente setzen. Akzente in Richtung Argumente, Transparenz, Diskurs und wenn es sein muss vielleicht auch mal Streit zum Zwecke der Konstruktivität. Wie ihr sehen werdet, hat sich Dank Jennifer Tix vom Großstadt-zoo auch das Erscheinungsbild verändert.

Wir hoffen auf Konsens. Wir hoffen auf An- und Aufregung. Wir hoffen auf Widerspruch. Auch auf heftigen Widerspruch. Wir halten das aus. Aber: Wir brauchen eure Mitarbeit! Nicht allen gefällt alles, klar. Aber sagen müsst ihr es. Dann machen wir weiter, dann machen wir es besser.

Wir wünschen eine interessierte Lektüre von dem, was wir zu den Resultaten nach einem Jahr R2G zu Papier gebracht haben.

**Eure neue Redaktion.**



**WIR  
SIND DIE  
NEUEN!**



# FRÜHER WAR ALLES BESSER

Früher war alles besser. Mein unbeschwertes 18-jähriges Ich macht sich vermutlich gerade auf den Weg, um mich zu verprügeln. Schließlich bin ich mit 25 doch wohl eindeutig zu jung für klischeehaft nörgelnde Vergangenheitsglorifizierung und Gegenwartsphobie, oder? Bin ich. Werde ich hoffentlich auch immer sein. Das gegenwärtige Leben ist schön in Berlin. Zum Leben gehört jedoch auch das Wohnen. Und der Berliner Wohnungsmarkt wäre zurzeit auch mit inflationärer Verwendung von Make-up und Photoshop noch unansehnlich.



Imagemotiv © Dmitri Popov

Die Mietpreisentwicklung der letzten Jahre ist beängstigend. Vor vier Jahren zahlte ich noch 350 Euro für ein großes WG-Zimmer mit Garten im angesagten Friedrichshain am Boxhagener Platz. Ein Jahr später besichtigte ich eine Einzimmerwohnung in einem luxuriösen Neubau mitten im Zentrum unweit der Friedrichstraße. 450 Euro für dreißig Quadratmeter hielt meine Mutter »damals« für völlig überzogen, gerade für einen Studenten. Sie hatte natürlich Recht. Ein weiteres Jahr später gab es für den gleichen Preis eine 30 qm große Wohnung an einer lauten Hauptverkehrsstraße in Prenzlauer Berg zu besichtigen. Mit mir waren noch ca. 40 andere Wohnungssuchende dort. Ich bekam die Wohnung nicht. Heute, nur zwei Jahre später, benötige ich für eine Wohnung in diesem Preissegment meist schon einen Wohnungsberechtigungschein (WBS) und wohne mittlerweile für schlappe 600 Euro im Monat in einer Einzimmerwohnung in der Nähe des Alexanderplatzes. Und selbst das ist derweil schon fast wieder ein Schnäppchen. Umziehen ist eigentlich gar nicht mehr denkbar, einige Bezirke sind für Studierende und Geringverdienende schlicht nicht mehr bezahlbar.

Wenn dann mal eine bezahlbare Wohnung etwa in Charlottenburg im Internet auftaucht, stehen bei der Besichtigung mehr Menschen vor der Tür als zur Veröffentlichung des neuen iPhones vor dem Apple Store. Dazu verlangt der Vermieter meist noch eine üppige Abstandsanzahlung für alte Möbel, die er nicht mitnehmen will. Eine selbstgebastelte Küche, ein weißes IKEA Bett, zwei abgenutzte Regale und eine kaputte Glühbirne für 2.800 Euro. Natürlich. Verboten ist das nicht. Man muss das ja nicht bezahlen. Allerdings bekommt die Wohnung dann rein zufällig immer jemand anderes.

Sonst kann man ja auch 800 Euro für ein Zimmer bezahlen.

### WO SOLL DAS ENDEN?

Es gibt zwar bekanntermaßen eine Mietpreisbremse, die bremst nur leider nicht. Dieser kümmerliche Regelungsversuch hat so viele Schlupflöcher, dass »bis zu 40 Prozent der neuen Mietverträge seit Einführung nicht unter die Regelung gefallen sind«, kritisiert Katrin Schmidberger, die Grüne Sprecherin für Wohnen und Mieten im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Mietpreisbremse sei dennoch nicht gescheitert. Man müsse sie aber dringend reformieren, damit sie auch wirklich bremst. Und zwar nicht die Mieter\*innen, sondern die Immobilienlobby. Eine Erhöhung von 10 Prozent über der örtlichen Vergleichsmiete dürfte bei einer Neuvermietung das absolute Maximum sein und Vermieter\*innen müssen resolut einer Informationspflicht über die von den Vormieter\*innen bezahlten Mietpreise unterliegen. Andreas Otto, Sprecher für Baupolitik, sieht ein Problem darin, dass die Mietpreisregulierung auf Bundesebene stattfindet und viele Bundestagsabgeordnete aufgrund der starken regionalen Unterschiede gar kein klares Bewusstsein für die Mietpreisexplosion in Großstädten wie Berlin hätten. In vielen deutschen Kleinstädten existieren derartige Probleme nicht.

30 qm  
650 EUR

## ANDERE WEGE GESUCHT

Die Problematik muss also vorerst auf anderem Wege angegangen werden. Da das Angebot auf dem Wohnungsmarkt viel kleiner ist als die gigantische Nachfrage, muss dringend Wohnraum geschaffen werden. Aber wo? Auf dem Tempelhofer Feld, was einem dabei vielleicht zuerst als potentielles Baugrundstück in den Sinn kommt, geht es nicht. Das nach dem Volksentscheid verabschiedete Tempelhof-Gesetz schiebt dieser Idee eindeutig einen Riegel vor. Das sei aber auch überhaupt nicht dramatisch, sagen Katrin Schmidberger und Andreas Otto. Im Koalitionsvertrag wurden elf neue Bebauungsgebiete in Berlin festgelegt, mit denen man erst mal genug zu tun hätte. Bis 2021 sollen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften 50.000 gemeinwohlorientierte Wohnungen schaffen. Da private Wohnungsbaugesellschaften völlig am tatsächlichen Bedarf vorbei bauen würden, müsse der Anteil preisgebundenen Wohnraums stark erhöht werden. 50 Prozent hält Katrin Schmidberger noch für viel zu wenig. Zunächst habe man den pflichtmäßigen Anteil preiswerten Wohnraums bei privaten Großprojekten immerhin auf 30 Prozent erhöht. Das Land Berlin wolle ferner innerhalb der nächsten vier Jahre 100.000 Wohnungen aufkaufen. Auf diese könne dann gerade hinsichtlich der Höhe des Mietpreises direkter Einfluss genommen werden. Das werde auch den gesamten Berliner Mietspiegel beeinflussen. In Zukunft müsse man auch über Nachverdichtung nachdenken. Etwa durch Integrierung von Supermärkten in Wohnhäuser statt in freistehende Bauten.

## UND BIS FERTIG GEBAUT UND GEKAUFT WURDE?

Bis dahin fördert das Land Berlin die Bezirke mit jeweils 100.000 Euro für den Ausbau kostenfreier Mieterberatungen und unterbindet die Möglichkeit zur jährlichen Mieterhöhung für Sozialwohnungen. Außerdem würden die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften dazu verpflichtet werden, Geringverdienende mit Wohnungsberichtigungschein bevorzugt zu nehmen.

**»ICH HABE  
DIE HOFFNUNG,  
DASS EINE  
EINZIMMERWOHNUNG  
IN ZWEI JAHREN NICHT  
1.200 EURO KOSTET.«**

Sollte man von diesem Ausbau von Sozialwohnungen und preiswertem Wohnraum nicht profitieren, bleibt nur die Klage gegen überhöhte Mieten. Der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins Reiner Wild weist aber darauf hin, dass Klagen eben wegen der vielen Schlupflöcher in der aktuellen Mietpreisbremse nicht immer erfolgreich wären. Dennoch würde sich eine Prüfung immer lohnen. Davor würden jedoch viele zurückschrecken, weil sie nicht rechtsschutzversichert oder im Mieterverein sind.

Ich kann nun trotz allem erst einmal noch immer nicht nach Charlottenburg ziehen. Aber ich habe zumindest die Hoffnung, dass eine Einzimmerwohnung in zwei Jahren nicht schon 1.200 Euro kostet. Es ist ein Anfang, auf dem in den nächsten Jahren konsequent aufgebaut werden muss. Die Mietpreisbremse muss bremsen bevor der Wohnungsmarkt auf der sozialen Spur gegen die Wand fährt.



Imagemotiv © NG

von Claudio Prillwitz



# Mach deinen Joghurt selber

Bestelle dir Joghurtferment, z. B. bei [www.kaese-selber.de](http://www.kaese-selber.de). Ein Beutel mit 15 Gramm »Y Joghurtkultur – mildes Aroma« kostet dort 8,99 Euro zzgl. 3,90 Euro Versandkosten. Das Joghurtferment reicht nach Herstellerangaben für 30 Liter Joghurt. Tatsächlich sind es aber dreimal so viel, wenn du mit deinem selbstgemachten Joghurt jeweils zwei weitere Chargen Milch beimpfst. Die 15 Gramm Joghurtferment reichen so für 90 Liter Joghurt. Pro Liter Joghurt kostet das Ferment rund 14 Cent (= 8,99 Euro + 3,90 Euro/90 Liter).

**DU MAGST BIO-JOGHURT –  
MÖCHTEST IHN ABER  
PREISWERT UND OHNE  
VERPACKUNG? DANN  
MACH IHN DOCH EINFACH  
SELBST! SO GEHT'S:**

Besorge dir für ca. 1,50 Euro einen Liter pasteurisierte Bio-Milch (Vollmilch oder fettarm) in der Glasflasche. Erwärme die Milch auf 45–47 Grad. Gib ½ Teelöffel Ferment (ca. 0,5 Gramm/Liter) in die Milch und rühre sie mit einem sauberen Löffel oder Schneebesen um. Fülle die beimpfte Milch in ein oder mehrere saubere, angewärmte Schraubgläser mit Deckel (z. B. leere Marmeladengläser).

Zum Warmhalten befülle zwei Wärmflaschen oder andere leere Flaschen mit dem heißesten Wasser aus deinem Küchenwasserhahn (ca. 50 Grad). Dann stellst du alles zusammen in eine mit Kissen oder Zeitungspapier ausgekleidete Kiste (Bettkasten oder Bett geht auch), sodass die beimpfte Milch für 5–8 Stunden gleichmäßig auf 43–45 Grad gehalten wird. Wenn du die Gläser über Nacht warmhältst, ist am nächsten Morgen zum Frühstück dein Bio-Joghurt fertig. 1 Liter kostet so nur 1,64 Euro. **Gutes Gelingen!**



**1 LITER KOSTET  
NUR 1,64 EUR**



# DEMOKRATIE WIRD AUS MUT GEMACHT!

DER UMGANG MIT DEM VOLKSENTSCHEID TEGEL

## UNSANFTE LANDUNG

Tegel, Stuttgart 21, Minarettverbot: Seit einiger Zeit scheinen mir viele Grüne verunsichert, ob Bürger- und Volksentscheide wirklich noch sinnvoll sind. Wenn so offensichtlich unvernünftige Entscheidungen wie die Offenhaltung Tegels getroffen werden, wenn gar die AfD auf Plakaten für Volksentscheide wirbt, dann scheint doch etwas faul dran zu sein, mag es einigen durch den Kopf gehen.

Was viele vergessen:

Die Forderung nach mehr politischer Beteiligung ist nicht erst seit dem Zusammenschluss mit Bündnis 90 ein grüner Markenkern. Natürlich sind Abstimmungen im Idealfall gar nicht nötig, da über Verfahren der Bürgerbeteiligung Betroffene vorher einbezogen werden.

Aber:

Meist werden erst durch die Möglichkeit verbindlicher Abstimmungen Bürger\*innen ernst genommen, das haben die Ur-Grünen in der Bürgerrechtsbewegung schmerzlich erleben müssen.

Nach dem Tegel-Volksentscheid sollten wir deshalb nicht die Schuld dem Instrument geben, sondern vielmehr fragen, warum unsere Argumente nicht alle überzeugen konnten. R2G hat sich auf eine Überarbeitung des Abstimmungsgesetzes und Referenden bei Privatisierungen verständigt. Die guten Vorschläge unserer Fraktion 2014 (u.a. Senkung der Quoren, Teilkostenerstattung von Initiativen) könnten dabei ruhig noch mutiger sein. Warum nicht ein fakultatives Referendum für alle Gesetze, so wie dies gerade in Thüringen auf den Weg gebracht wird?

Und wenn dann Abstimmungen doch einmal »schiefe« gehen, siehe Tegel? So what! Demokratie bedeutet nun einmal, dass eine Wahl und auch eine Abstimmung anders ausgehen kann als wir es für richtig halten. Genau darin liegt ihre Stärke und nicht ihre Schwäche. Ansonsten müssten wir auch Wahlen in Frage stellen. Es ist schizophren, über den Erfolg der Initiative Volksentscheid Fahrrad zu jubeln und nach Tegel über das Instrument zu schimpfen.

Volksentscheid Fahrrad, der Wasser- und Energietisch, auch der Entscheid zum Tempelhofer Feld haben Berlin voran gebracht. Insgesamt wirken Volksentscheide in allen Bundesländern eher in eine progressive Richtung. Die Einführung des Instrumentes ist auch auf Bundesebene längst überfällig. Lassen wir uns unser Thema nicht von der AfD wegnehmen! Völlig klar ist: Volksbegehren und -entscheide müssen selbstverständlich an das Grundgesetz und internationale Verträge wie die UN-Charta gebunden sein, über das das Bundesverfassungsgericht per präventiver Normenkontrolle wacht

**SEIEN WIR NICHT ÄNGSTLICH,  
SONDERN WEITER MUTIG!**

(Einführung der Todesstrafe, ein Minarettverbot etc. wären damit, anders als in der Schweiz, die kein Verfassungsgericht besitzt, ausgeschlossen). In unserem Partei-Grundkonsens heißt es: »Die Enttäuschung über eine unzulänglich verwirklichte Demokratie kann [...] den erneuten Ruf nach Diktatur laut werden lassen.« Die Antwort auf die AfD heißt deshalb nicht weniger, sondern mehr Demokratie. 13 Prozent sind keine Mehrheit. Seien wir nicht ängstlich, sondern weiter mutig!

von Jan Drewitz

Beisitzer im Vorstand KV Pankow

Mitglied im Landesvorstand Mehr

Demokratie e. V. Berlin/Brandenburg



## EIN BRIEF AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

---

*Liebe Grüne Freundinnen und Freunde in Berlin!*

*Ja, so kann's gehen! Da haben wir Grüne uns immer den mündigen Bürger und die mündige Bürgerin gewünscht. Menschen, die mitmischen und mitentscheiden. Ein Volk, das uns sagt, was es will und was nicht – dies gerne auch in Bürger- und Volksentscheiden. Das Risiko dabei: Manchmal kommt was ganz anderes heraus als wir uns gewünscht oder gedacht haben. Beispiel Tegel. Blöde Sache? Nö. Glaubt uns, wir Baden-Württemberger wissen, wovon wir reden. Was haben wir uns wegen Stuttgart 21 engagiert und ereifert. Was haben wir argumentiert, diskutiert und demonstriert. Das halbe Ländle ging gegen das miserabel geplante und überbeuerte Mammutprojekt auf die Straße. Und wir Grüne versprochen, Volkes Willen zu vollziehen, sollten wir bei der Landtagswahl 2011 das Rennen machen. Die Wahl haben wir gewonnen – und kurz darauf den Volksentscheid gegen S 21 krachend verloren. Denn, Überraschung! Die Mehrheit der Menschen im Land sprach sich für den so umstrittenen tiefergelegten Hauptbahnhof aus. Und die Welt ging für uns – nicht unter.*

*Mit dem Volksentscheid kehrte Ruhe ein. Weder zerbrach die damalige Koalition aus Grün (contra S 21) und Rot (pro S 21), noch haben die Wählerinnen und Wähler uns massenhaft den Rücken gekehrt. 2016 sind wir, wie ihr wisst, sogar stärkste Kraft vor der CDU geworden. Obwohl wir Stuttgart 21 weiterbauen – zähneknirschend zwar, aber konstruktiv, nachbessernd und mit einem sehr wachsamem Blick auf Ökologie und Kosten, damit aus Baden-Württembergs größtem Infrastrukturprojekt doch noch einigermaßen was G'scheits wird. Wir bekommen jetzt nicht die Bahnhofserneuerung, wie wir sie für richtig halten. Aber immerhin sind wir in Sachen Bürgerbeteiligung weiter gekommen. Die grün-geführte Landesregierung hat die bis dato viel zu hohen Hürden für Volks- und Bürgerentscheide deutlich gesenkt. Wir binden bei Großprojekten die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an ein. Und eine Grüne Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung reist unermüdlich in Sachen Mitentscheiden durchs Land, informiert und moderiert. Und so haben unsere Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren nicht nur über Windkraftanlagen, Gewerbegebiete und Landkreis-Wechsel abgestimmt, sondern sogar – sprichwörtlich – geplante Großgefängnisse an andere Orte versetzt und Riesen-Hängebrücken an Riesen-Turmbauten ermöglicht.*

*Fazit: Wir Baden-Württemberger können bekanntlich alles – außer Hochdeutsch. Und inzwischen können wir auch noch »Direkte Demokratie« richtig gut. In diesem Sinne wünschen wir euch in Berlin Gelassenheit und gute Entscheidungen.*

*Grüne Grüße aus Baden-Württemberg!*

**von Bettina Jehne**  
Pressesprecherin

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg

## WIR BRAUCHEN IN BERLIN EINE NEUE BETEILIGUNGSKULTUR

Ob Tempelhofer Feld, Radentscheid oder Tegel: Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass die Menschen in Berlin sich einbringen und ihre Stadt aktiv mitgestalten wollen. Schon lange setzen sich Bündnis 90/Die Grünen dafür ein, direktdemokratische Verfahren zu stärken – im Berliner Parlament, in den Bezirken und im Parteiprogramm. Auch im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag findet sich ein klares Bekenntnis zu mehr Bürgerbeteiligung. Daran ändert auch der Volksentscheid zum Flughafen Tegel nichts.

Er wirft aber Fragen auf. Statt einen konkreten Weg aufzuzeigen, wie der Flughafen weiterbetrieben werden soll, forderte der Volksentscheid den Senat nur dazu auf, entsprechende Schritte einzuleiten. Über diese Schritte kann Berlin aber nicht allein bestimmen, sondern braucht die Zustimmung der Anteilseigner Bund und Brandenburg. Auch haben verschiedene Gutachten aufgezeigt, dass die Offenhaltung rechtlich nicht möglich ist. Mit ihrem Votum konnten die Berliner\*innen also nur scheinbar über die Zukunft des Flughafens entscheiden. Wie geht man damit um?

und seit September im Deutschen Bundestag. Beim Tegel-Volksentscheid ist das jedoch nicht gelungen. »Dadurch entsteht eine Beteiligungssimulation, die zu mehr Politikverdrossenheit führen kann«, so Gelbhaar. Ein Lösungsansatz könnte eine vertiefte rechtliche Machbarkeitsprüfung sein, die dem Volksbegehren vorgeschaltet wird. So würde sichergestellt, dass ein Appell an den Senat überhaupt umsetzbar ist.

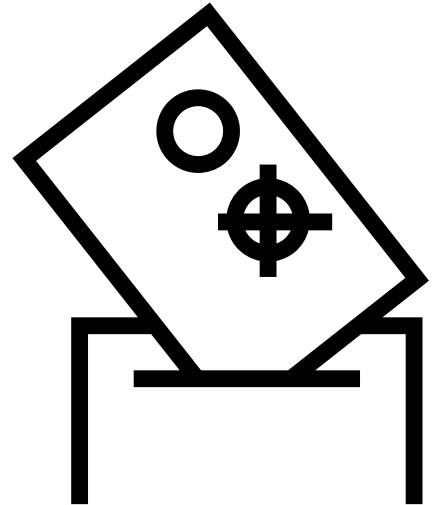
Weitere grüne Ideen, wie eine neue Berliner Beteiligungskultur aussehen könnte, finden sich unter [gruenlink.de/1e0l](http://gruenlink.de/1e0l).

Susanna Kahlefeld, Sprecherin für Partizipation und Beteiligung im Berliner Abgeordnetenhaus, möchte noch früher ansetzen. Das Vertrauen der Berliner Bürger\*innen in die Politik sei in den vergangenen Jahren stark beschädigt worden. Die Lösung sei nicht weniger, sondern mehr Beteiligung: Nur wenn die Berliner\*innen frühzeitig einbezogen werden, könne Misstrauen abgebaut werden. »Wir brauchen in Berlin dringend eine neue Beteiligungskultur«, sagt Kahlefeld.

Ziel der Koalition ist deshalb, gemeinsam mit Bürger\*innen, Politiker\*innen und Verwaltung Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Darin soll etwa verbindlich geklärt werden, wann und wie Bürger\*innen über Vorhaben informiert werden und was mit den Ergebnissen der Beteiligung passiert. Im Oktober 2017 ist das Arbeitsgremium zum ersten Mal zusammengekommen.

von **Hannah König**  
Pressereferentin  
Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Ab Januar 2018 haben Bürger\*innen die Möglichkeit, sich online auf [mein.berlin.de](http://mein.berlin.de) in den Prozess einzubringen. Im Rahmen von vier öffentlichen Werkstätten können Interessierte außerdem aktiv an den Leitlinien mitarbeiten.



»Die Bürger\*innen müssen ausreichend über die rechtlichen Rahmenbedingungen und Grenzen ihrer Entscheidung aufgeklärt werden«, sagt Stefan Gelbhaar, bislang Abgeordneter in Berlin

---

# OH DUNKLER TANNENBAUM!

---

Da ist sie wieder, die selige Weihnachtszeit. Auf Tannenspitzen, in Fenstern, Gärten und Einkaufszentren sieht man Abertausende elektrische Lichtlein blitzen. Oben aus dem Himmelstor schaut ängstlich das Christkind hervor. Es sorgt sich um den Stromverbrauch für die Weihnachtsbeleuchtung, der in Deutschland jedes Jahr höher wird. Über 140.000 Haushalte könnte man damit ein ganzes Jahr lang versorgen. »Knecht Ruprecht«, spricht es, »alter Gesell, hebe die Beine und spute dich schnell, um die Menschen zu stoppen. Oh je, die Kerzen fangen zu brennen an! Sag den Deutschen, dass sie nicht wieder 190.000 Tonnen des Erdölprodukts Paraffin verbrennen sollen, wie im letzten Jahr. Denn 665.000 Tonnen zusätzliches CO<sub>2</sub> nur für Kerzenbeleuchtung zu Weihnachten gehen einfach nicht.« Dem Christkind graut vor dem Klimawandel und den vielen verendeten Tigern und Orang Utans, die es nach dem Fest zusätzlich im Himmel aufnehmen muss. Deren Lebensraum fiel den Palmölplantagen zum Opfer, die u.a. den »nachwachsenden« Rohstoff für Stearinkerzen liefern. Und auch von Honigbienen wimmelt es im Himmelreich bereits, die uns mit den einzig unbedenklichen Bienenwachskerzen hätten versorgen können. Wären sie in den letzten Jahren nicht massenhaft gestorben. Die verbliebenen 900.000 Völker, die es Ende 2016 in Deutschland noch gab, können maximal so viel Wachs herstellen, dass man jeden der 25 Millionen Weihnachtsbäume in deutschen Wohnzimmern einmal mit 25 Christbaumkerzen schmücken kann. Oh dunkler Tannenbaum, wie hast du dem Christkind früher besser gefallen! Schon fragt es sich: »Flieg ich diesmal hinab zur Erden? Soll es wirklich wieder Weihnachten werden?«

von Beate Achilles



Imagemotiv © Ian Keefe

# FRAUENPOLITIK STÄRKEN

## BEI UNS UND ÜBERALL

Seit Gründung unserer Partei kämpfen grüne Frauen\* für mindestens die Hälfte der Macht. Überall! Deshalb vertreten wir Grüne nicht nur progressive frauen\*politische Positionen, sondern auch unsere Strukturen stärken Frauen\*. Wie etwa die Frauen\*vollversammlung – unser frauen\*öffentliches Beschlussorgan.

Die diesjährige Frauen\*-VV beschäftigte sich mit der Frage »Wo geht's hier zur Selbstbestimmung«. Denn auch wir Grüne sind uns teils nicht einig darüber, wo Selbstbestimmung anfängt, wo sie aufhört und was frau\* für ein selbstbestimmtes Leben braucht. In Workshops zu Kleidung und Ausdrucksformen, Werbung, Pornografie und Sexarbeit, Geschlechtsidentitäten und dem Leben im Alter, diskutierten wir diese Fragen. Keynotespeakerin Antje Schrupp meinte zu Beginn, dass wir Frauen\* nicht danach beurteilen sollten, was sie tun, sondern herausfinden, ob es das ist, was sie tun wollen. Sie warb für einen Feminismus, der das Gegebene in Frage stellt – das können wir Grünen gut.

In Frage gestellt wurde auch die Form der Frauen\*vollversammlung. Sie ist ein starkes Gremium, das eigene Beschlüsse fassen kann. Aber nur wenn 10 Prozent der Frauen\* des Landesverbandes anwesend sind. Ein Quorum, das kaum schaffbar ist. Der Landesvorstand stellte deshalb den Antrag auf Einführung eines Delegiertensystems, zur Abstimmung bei der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im Dezember. Im Kern begrüßten die Anwesenden die Reform. Dennoch diskutierten sie den Antrag lebhaft und kündigten Änderungsanträge an.

\* Dieser Artikel verwendet den Gender-Star. Er soll sicherstellen, dass auch diejenigen Menschen genannt und mitgedacht werden, die sich nicht eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen. Laut Beschluss der BDK15 verwenden Bündnis 90/ Die Grünen geschlechtergerechte Sprache, weil Sprache großen Einfluss auf unser Denken und unsere Wahrnehmung hat und dadurch die Gesellschaft mit formt.

**MINDESTENS  
DIE HÄLFTE DER MACHT.  
ÜBERALL!**

**50%**

**DABEI ZÄHLEN WIR AUF DIE  
SOLIDARITÄT VON ALLEN GRÜNEN.**

Gerade jetzt, wo frauen\*politische Errungenschaften – wie das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung oder Gleichstellungsmaßnahmen wie Quoten – verstärkt von rechts bedroht werden, müssen wir Grüne sie stärken. Wir grünen Frauen\* sind dazu bereit, unsere feministischen Positionen und Strukturen zu verbessern und zu verteidigen. Dabei zählen wir auf die Solidarität von allen Grünen. Wer die Welt verändern will, muss bei sich selbst anfangen.

**von Rhea Niggemann**

Mitglied im Landesvorstand und Sprecherin für Frauen\*- und Geschlechterpolitik

# EIN JAHR R2G BERLIN – WAS NOCH?

EIN GESPRÄCH MIT ZWEI MITGLIEDERN DES  
LANDESVORSTANDS DER GRÜNEN JUGEND BERLIN ...

Treffpunkt Friedrichshain, ein Nachmittag Anfang September.  
Louisa Hattendorff studiert Jura in Berlin,  
Jana Brix Kulturarbeit in Potsdam.



**J** Jana Brix



**L** Louisa Hattendorff

- J** Der Studiengang ist ziemlich einmalig. Oft fragen mich Leute: Was ist das eigentlich? Es ist Arbeit mit Kultur: Management, Projektorganisation, Kunst- und Kulturvermittlung, ein bisschen Pädagogik, Kulturtheorien, Soziologie – danach kann ich von der Mitarbeit in einem Museum zum selbst gegründeten Jugendzentrum eigentlich alles machen.
- L** Ich denke fast täglich darüber nach, mein Jura-Studium abzubrechen. Aber es gibt viele Gründe, es weiter zu studieren. Ich glaube, Jura ist ein mächtiges Instrument in einer Gesellschaft, die durch Recht organisiert ist. Unser deutsches Rechtssystem ist jedoch unglaublich kapitalistisch geprägt. Gerade das Zivilrecht schützt das Eigentum in einem enormen Maße. Nichtsdestotrotz ist es spannend, Jura als eine Art Geisteswissenschaft zu studieren. Auf welchen Grundsätzen baut das Recht auf? Wie ist das Recht als eine Herrschaftsstruktur organisiert? Das Studium hilft mir, dieses System zu verstehen – und gibt mir später vielleicht die Fähigkeit, eine Struktur zu entwickeln, die auf den »richtigen« Grundsätzen aufbaut.

## WAS IST EUER GRUNDMOTIV, BEI DER GRÜNEN JUGEND ZU SEIN?

- L** Ich erinnere mich an eine Wanderung mit einer Freundin, ich habe ihr acht Stunden lang versucht zu erklären, was ich an Wirtschaft nicht mag ... irgendwann ist mir bewusst geworden: Es ist vielleicht doch nicht die Wirtschaft, sondern der Kapitalismus, den ich nicht mag. So hatte ich viele Aha-Momente, in denen ich mir gedacht habe: Genau das wollte ich ausdrücken ... Zur GJ bin ich gekommen, weil ich einen Raum mit Menschen gefunden habe, die mir Worte für meine diffusen politischen Gefühle gegeben haben.



### IST KAPITALISMUSKRITIK NICHT DIE DOMÄNE DER LINKEN?

**L** Nach meinem Eintritt hat bei mir ein enormer Prozess begonnen, in dem ich hinterfragt habe, ob nicht eher die Linkspartei mein politisches Zuhause ist. Aber es gibt zwei Punkte, welche die Grünen von der Linkspartei unterscheiden und die für mich ausschlaggebend sind: Auf der einen Seite steht das Thema Ökologie. Zweitens: der Feminismus. Die Grünen sind eine unglaublich feministische Partei und Feminismus steht immer an erster Stelle.

**J** Das mit dem Feminismus bei den Grünen würde ich nicht unbedingt so unterschreiben ... mir sind die Grünen definitiv nicht feministisch genug! Klar es gibt die Frauenquote usw., aber ich finde, dass die überhaupt nicht inklusiv genug sind.

### INKLUSIV?

**J** Wir haben bei der GJ eine Frauen-, Inter- und Transquote, weil wir denken, es gibt keine binäre Aufteilung zwischen Mann und Frau, sondern es gibt viele Geschlechter. Ich habe das Gefühl, viele sind ein bisschen in ihrem 60er, 70er Jahre Feminismus stecken geblieben. Es ist eine gute Grundlage für unsere heutigen Kämpfe, aber Feminismus muss weiter gedacht werden, damit man nicht bei Wahlen suchen muss: **»Hey, ob sich wohl auch Frauen bewerben, wen können wir denn mal fragen?«**

### EIN JAHR R2G – WIE IST DIE BILANZ?

**L** Ich sehe, dass viel Gutes unter dieser Regierung passiert. Das Mobilitätsgesetz, in dem wir uns Gedanken über ein neues Verkehrskonzept für die Stadt machen, ist sehr wichtig. Auch im Bereich der Antidiskriminierung passieren wichtige Dinge, die längst überfällig waren, wie zum Beispiel die Unisextoiletten. Aber wir müssen auch andere Bereiche erfassen. Auch die Bildung – da muss R2G ran. Wir müssen auch starke grüne Akzente in der Koalition setzen, wir dürfen nicht zu leise regieren.

**J** Bei Schwarz-Grün wäre es natürlich leichter, sich deutlich abzugrenzen. Am Ende möchte ich nicht, dass die Bürger sagen »Ach, die Grünen waren auch in der Regierung?«.

### DAS NÄCHSTE JAHR R2G – WAS SOLL NOCH KOMMEN?

**L** Ein wichtiges Projekt ist das Versammlungsgesetz. Vermummung etwa muss von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit heruntergestuft werden. Mit einem liberaleren Versammlungsgesetz können wir effektiv Eskalationen bei Demonstrationen vermeiden. Das spielt gerade für Berlin eine große Rolle. Wir haben hier im Durchschnitt 15 Demos am Tag!

Da ist so ein Gesetz elementar.

Wir müssen an den Punkt kommen, an dem wir sagen können: Protest ist ein fester Bestandteil von Demokratie.

Die GJ soll ein Raum sein, in dem wir Menschen an Protest heranführen. Ob das jetzt der Protest auf der Straße ist oder der Protest in Form von »Ich sitze hier mit Menschen zusammen, diskutiere, bilde mich und schreibe Anträge« ist ganz egal. Aber genau dafür wollen wir einen Raum bieten. Dass Menschen sich als politisches Subjekt ernst nehmen, dass Menschen merken, sie haben eine Selbstwirksamkeit, und dass Menschen merken: Wenn ich mich mit anderen zusammen tue, dann habe ich eine laute Stimme.

**J** Es ist wichtig, dass die Bürger die Möglichkeit haben, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen und dabei nicht Angst vor Repression haben müssen, nur weil sie ihre politische Meinung kundtun.





# FEINER BEIGESCHMACK

## SIRPLUS – WO GERETTETE LEBENSMITTEL VERKAUFT WERDEN



An der Wilmersdorfer Straße hat am 8. September 2017 die erste Filiale von SirPlus eröffnet, Deutschlands erstem »Food-Outlet«. Dort werden Lebensmittel verkauft, die sonst weggeworfen worden wären.

Bei vielen Produkten in diesem Laden ist das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen oder steht kurz bevor, deshalb wollen andere Supermärkte sie nicht mehr verkaufen. **»Man kann sie dennoch beruhigt verzehren«**, versichert SirPlus Storemanager Michael Sangmeister. **»Um sicher zu gehen, dass die Waren genießbar sind, werden die geretteten Lebensmittel von einer Expertin für Lebensmittelhygiene geprüft. Täglich unterziehen wir sie außerdem stichprobenweise einer**

**Geschmacks- und Geruchskontrolle. Man sollte sie jedoch nach dem Kauf zügig verbrauchen und nicht mehr lange lagern«**, ergänzt er.

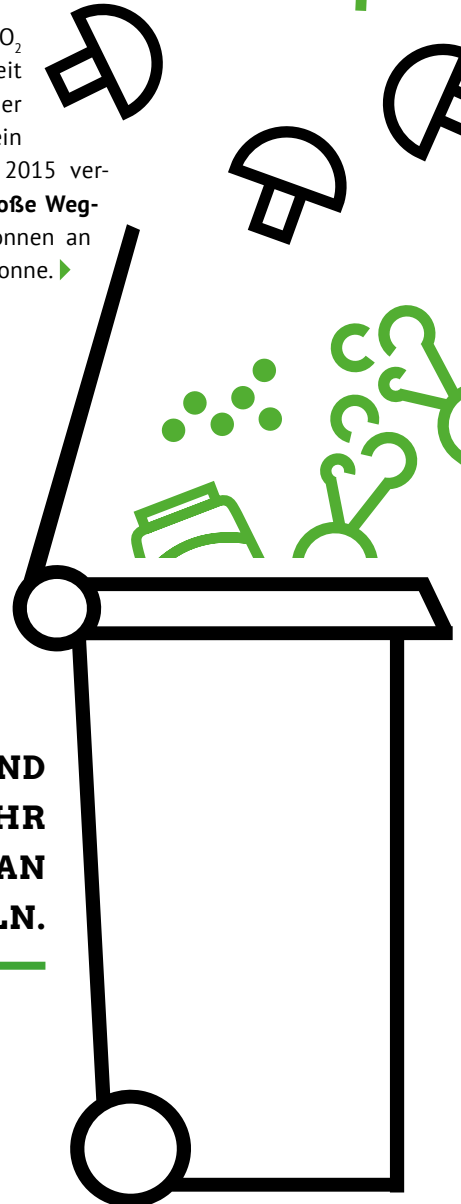
Durch den Einkauf bei SirPlus kann man nicht nur Geld sparen – die

Lebensmittel sind hier 30 bis 70 Prozent günstiger als im Supermarkt. Man tut auch etwas gegen die Ressourcenverschwendung und den Klimawandel: **»Ein Drittel oder 1,3 Milliarden Tonnen der globalen Lebensmittelproduktion werden jährlich verschwendet«**, erklärt Ideengeber und Mitgründer Raphael Fellmer. **»Dafür wird eine landwirtschaftliche Fläche vergeudet, die anderthalbmal so groß ist wie Europa.«**

Auf der Crowdfunding-Plattform start-next, wo Fellmer und seine Partner Alexander Piutti und Martin Schott die Startfinanzierung für den Laden eingesammelt haben, weist das Team darauf hin, dass für Produktion, Ernte und Transport der global verschwendeten Lebensmittel jährlich 3,3 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> erzeugt werden.

Das ist mehr als der jährliche CO<sub>2</sub> Ausstoß von Indien – dem weltweit drittgrößten CO<sub>2</sub> Emittenten der Welt nach den USA und China. Allein in Deutschland landen nach der 2015 veröffentlichten WWF Studie **»Das große Wegschmeißen«**<sup>1</sup> über 18 Millionen Tonnen an genießbaren Lebensmitteln in der Tonne. ▶

**DEUTSCHLAND  
VERSCHWENDET JEDES JAHR  
18 MILLIONEN TONNEN AN  
LEBENSMITTELN.**



## 6 FRAGEN AN RAPHAEL FELLMER

IDEENGEBER UND MITGRÜNDER VON SIRPLUS

### **DIE ERSTE SIRPLUS-FILIALE HAT SEIT SEPTEMBER GEÖFFNET – WIE LÄUFT ES?**

Super gut. Wir haben bereits viele Tonnen Lebensmittel gerettet, jeden Tag haben wir 200 bis 500 Kunden, und täglich melden sich neue Zulieferer und alle sind glücklich!

### **WAS PASSIERT MIT LEBENSMITTELN, DIE IHR NICHT VERKAUFEN KÖNNT?**

Wenn sie nicht mehr genießbar sind, kommen sie in die Biogasanlagen. Wenn sie noch nicht verdorben, aber nicht mehr ganz so frisch sind, nehmen die Mitarbeiter sie mit. Bis jetzt war das aber noch nicht nötig.

### **WIE WEIT LIEGT DAS MINDESTHALTBARKEITSDATUM (MHD) ERFAHRUNGSGEMÄß VOR DEM TAG, AN DEM DIE WAREN NICHT MEHR GENIEßBAR SIND?**

Das kommt auf das Produkt an. Es können Wochen, Monate und sogar Jahre sein. Joghurt ist meist noch mehrere Wochen über das MHD hinaus haltbar. Bei Nudeln und Reis sind es Jahre.

### **WARUM SCHREIBEN DIE HERSTELLER DANN SO EIN FRÜHES MHD DRAUF?**

Sie haften nur bis zum Ablauf des MHD dafür, dass bis dahin Geschmack, Konsistenz und die Genießbarkeit gewährleistet sind.

### **HAT DER LEBENSMITTEL-EINZELHANDEL NICHT ANGST VOR EUCH?**

Nein. Die freuen sich, dass wir uns der Lebensmittelverschwendung annehmen. Allerdings fällt in den Supermärkten gar nicht so viel an. Die größten Verluste treten in unseren Haushalten auf und bevor die Waren in den Handel gelangen – in der Landwirtschaft, bei Produzenten und in der Logistik.

### **WAS WÜNSCHST DU DIR VON DER POLITIK?**

Mehr Aufklärung – das Thema muss unbedingt in die Schulen, Kindergärten und Universitäten. Die Politik könnte auch das Containern entkriminalisieren, Lebensmittelspenden haftungsrechtlich erleichtern und unsinnige Landwirtschaftssubventionen abschaffen. Nicht zuletzt gehören die EU-Normen zum einheitlichen Aussehen z. B. von Obst und Gemüse in die Tonne.

### **DARAN WILL SIRPLUS ETWAS ÄNDERN.**

Wenn alles läuft wie geplant, wollen die Lebensmittelretter bald weitere Geschäfte in Berlin und ganz Deutschland eröffnen. Seit November bietet SirPlus auch einen Lieferdienst für gerettete Lebensmittel an. Die sogenannte »Retterbox« kann man sich mit Same-Day-Delivery nach Hause schicken lassen.

# 20 %

## **DER PRODUKTE GEHEN AN SOZIALPROJEKTE**

Den Tafeln, die bislang überschüssige Lebensmittel an Bedürftige abgeben, soll durch SirPlus übrigens nichts verloren gehen. **»Wir retten nur die Lebensmittel, die von den Tafeln nicht gerettet werden«**, betont Raphael Fellmer. Zudem gibt SirPlus selbst 20 Prozent seiner Waren an gemeinnützige Initiativen wie Geflüchtetenunterkünfte, Obdachlosen- und Kinderheime ab.



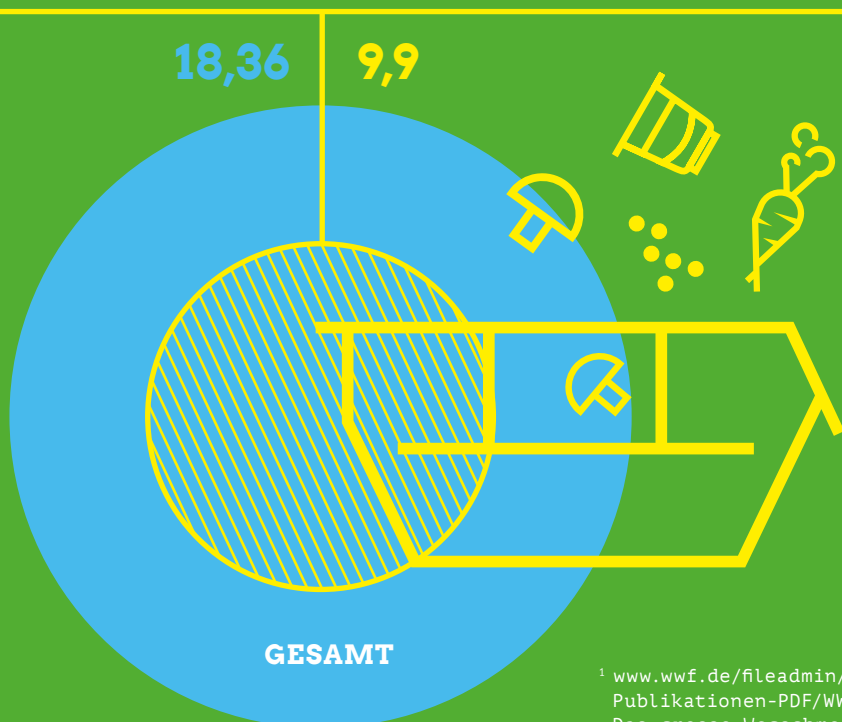
Text und Interview von  
Beate Achilles

### AB IN DIE TONNE ... ODER FRISCH AUF DEN TISCH?



● Lebensmittelabfälle in Deutschland gesamt in Millionen Tonnen

● Vermeidbare Lebensmittelabfälle in Millionen Tonnen



<sup>1</sup> [www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF\\_Studie\\_Das\\_grosse\\_Wegschmeissen.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Studie_Das_grosse_Wegschmeissen.pdf)

16

1 JAHR R2G

**1** **JAHR**  
**ROT ROT**  
**GRÜN**

»WIR FÜHLEN  
UNS VERANTWORTLICH,  
BERLIN ALS GANZES  
ZU GESTALTEN.«





***Nach fast 15 Jahren endete die farbliche Monotonie im Roten Rathaus. Im Anschluss an die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 leuchtet es auf der Regierungsbank wieder Grün. Aber strahlt es auch? Mit drei grünen Senator\*innen sollte endlich vieles besser werden. Veränderung. Fortschritt. Nach einem Jahr mit der SPD und den Linken ziehen wir Bilanz: Blieb die grüne Zukunft auf den Wahlplakaten stehen oder gibt es einen handfesten Wandel in Berlin? Unser Schwerpunkt: Ein Jahr R2G.***

***Die grünen Landesvorsitzenden Nina Stahr und Werner Graf im Interview über ein Jahr R2G in Berlin.***

***Ein Jahr R2G – wie ist die allgemeine Stimmung?***

**NINA STAHR** Die Stimmung ist insgesamt sehr positiv. Natürlich gibt es auch mal Reibungen. Aber das ist in einer Koalition ganz normal. Insgesamt klappt die Zusammenarbeit gut und ist sehr vertrauensvoll.

***Was ist der Unterschied aus Parteisicht, seitdem ihr nicht mehr Opposition seid?***

**WERNER GRAF** Als Partei ist es nach wie vor unsere Aufgabe, die Regierungsarbeit kritisch zu begleiten und uns um die inhaltliche Grundausrichtung der Partei zu kümmern. Die größte Herausforderung wird für uns, ein Scharnier zu sein zwischen der grünen Basis und unseren Vertreter\*innen in Parlament und Senat. Für uns ist wichtig, dass die Partei und ihre Mitglieder Einfluss nehmen und mitgestalten können.

***Die Grünen besetzen drei Ressorts. Nach einem Jahr: Sind es die richtigen?***

Mit unseren Ressorts können wir klare grüne Impulse setzen. Mit Regine Günther gestalten wir endlich den Verkehr gerechter und treiben den Klimaschutz voran. Mit unserer Wirtschaftssenatorin Ramona Pop haben wir den Preis des Sozialtickets gesenkt und das Berliner Stadtwerk entfesselt, um es zu einem handlungsfähigen Akteur für die Energiewende zu machen. Und unser Justizsenator Dirk Behrendt sagt mit einer zentralen Anlaufstelle Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt den Kampf an. Aber letztlich geht es nicht um Ressorts. Es geht nicht darum, wer die Ziele des Koalitionsvertrags umsetzt, sondern darum, dass sie umgesetzt werden. Wir fühlen uns verantwortlich dafür, Berlin als Ganzes zu gestalten. Über die Fraktion, die Partei und viele engagierte Mitglieder nehmen wir daher auf alle Bereiche Einfluss und drängen darauf, mehr zu erreichen.

# 10%

## NEUE MITGLIEDER

### **In welchem Ressort unserer Koalitionspartner klemmt es am meisten? Wo läuft es am rundesten?**

**W** Es gibt kein Ressort, in dem es nur gut oder nur schlecht läuft. Das Ende der menschenunwürdigen Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen war zum Beispiel ein großer Erfolg der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales. Damit sind aber noch lange nicht alle Probleme gelöst. Wir brauchen ein umfassendes Konzept, damit Berlin auch für Menschen, die neu in die Stadt kommen, schnell zu einem Zuhause wird – dafür haben wir auf unserem Parteitag im Dezember Vorschläge gemacht.



WERNER GRAF



NINA STAHR

**N** Auch bei der Schulsanierung würden wir uns schnellere Fortschritte wünschen. Es ist unzumutbar, dass Schüler\*innen und Lehrer\*innen in Gebäuden arbeiten, wo die Wände feucht sind, wo der Putz herunterfällt oder es durchs Dach regnet. Wir haben bereits in der letzten Wahlperiode ein Konzept vorgelegt, wie Schulbau und -sanierung anders organisiert werden können. Es ist an der Zeit, dass nun endlich gehandelt wird.

### **Wie ist die Mitgliederentwicklung, in welchen Bereichen gibt es Beitritte, wo spürt man auf Mitgliederseite ein Unbehagen über die Regierungsarbeit?**

**N** Schon nach der Wahl von Donald Trump hatten wir einen deutlichen Mitgliederzuwachs, nach der Bundestagswahl war es genauso. Die Menschen wollen sich politisch einbringen und sich dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft aktiv entgegenstellen. Seit Jahresanfang haben wir über 10 Prozent an neuen Mitgliedern hinzugewonnen. Wir sind mehr, jünger und weiblicher geworden.

**W** Insgesamt bekommen wir viel positives Feedback. Natürlich gibt es aber auch mal Kritik, zum Beispiel weil es Manchen nicht schnell genug geht. Diese Ungeduld teilen wir und würden selbst gerne alles sofort umsetzen. Manchmal kommt bei den Mitgliedern aber auch gar nicht an, was wir schon alles erreicht haben. Wenn wir dann erzählen, dass wir aus der Braunkohle ausgestiegen sind, werden wir ganz verblüfft angeschaut. Gerade in Regierungszeiten wird es deshalb unsere große Aufgabe sein, auch an unsere Basis zu vermitteln, was sich in Berlin politisch bewegt.

### **Wie sehen eure Wünsche und Perspektiven aus, was sind eure Ziele für das nächste Jahr?**

**N** Persönlich wünschen wir uns, dass wir als Landesvorsitzende auch weiter so gut und vertrauensvoll zusammenarbeiten wie bisher. In der Partei wollen wir im nächsten Jahr zwei große Debattenprozesse zu den Themen Bildung und selbstbestimmtes Leben anstoßen. Vor allem wünschen wir uns für den Landesverband auch weiterhin viele engagierte grüne Mitglieder, die sich aktiv in die Partei einbringen und den Mut haben, auch mal Kritik zu äußern.

#### **Interview von Stefan Zednik**



Nina Stahr © Erik Marquardt  
Werner Graf © Rasmus Tanck

Seit Jahresanfang haben die Berliner Grünen über 10 Prozent an neuen Mitgliedern hinzugewonnen.  
»Wir sind mehr, jünger und weiblicher geworden.«





# BERLIN WIRD GRÜNER UND BUNTER



ANTJE KAPEK



SILKE GEBEL

von Antje Kapek (l) und Silke Gebel (r),  
Fraktionsvorsitzende

Nach einem Jahr R2G ziehen wir schon jetzt eine positive Bilanz, obwohl es nach den Haushaltsberatungen der letzten Monate jetzt erst richtig losgeht. In den vergangenen Jahren haben wir mit euch gemeinsam dafür gekämpft, dass Berlin grüner und bunter wird. Als Regierungsfraktion können wir all die Projekte nun endlich realisieren. Wir wollen vieles anders machen und mutig für ein ökologisches, gerechtes und weltoffenes Berlin eintreten. Dafür ist es unvermeidlich, auch innerhalb der Koalition mal unbequeme Wege zu gehen.

Doch wir wollen nicht nur, wir haben auch schon! Wir können hier nicht alle 119 rot-rot-grünen Anträge im Parlament vorstellen, von denen unsere Fraktion sehr viele initiiert hat, aber einige Gesetze, die wir im Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet haben, sind echte Meilensteine in den Bereichen Klimaschutz, Mobilität und Wohnungspolitik.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Berliner Betriebe-Gesetzes (BerlBG) haben wir die Berliner Stadtwerke erst richtig ermöglicht. Alle Berliner\*innen können nun ökologische und aus der Region stammende Elektrizität, Gas und Wärme beziehen. Unter Schwarz-Rot war das noch undenkbar. Damit wird unser Konzept des Klima-Stadtwerks endlich zum Motor einer sozialverträglichen Energiewende.

## KOHLE NUR NOCH ZUM GRILLEN

Als erstes deutsches Bundesland hat Berlin den Kohleausstieg rechtsverbindlich per Gesetz beschlossen. Bis spätestens 2030 werden alle Kohlekraftwerke in der Hauptstadt vom Netz gehen. Und der Anfang ist bereits gemacht: Im Mai ist das Braunkohlekraftwerk Klingenberg als Berlins größter Klimakiller vom Netz gegangen.

Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 haben wir im Parlament einen verbindlichen Fahrplan mit konkreten Maßnahmen für Verkehr, Konsum, Energie, Wirtschaft und Privathaushalte für den Weg zu einer klimaneutralen Hauptstadt beschlossen.

## ERSTES RADGESETZ DER REPUBLIK

Mit dem bundesweit ersten Radgesetz werden wir die Verkehrswende vorantreiben und 100.000 neue Radabstellanlagen, ein Netz aus Fahrradstraßen, Radschnellwegen und geschützten Radstreifen schaffen. Daran arbeiten wir als Fraktion intensiv seit Monaten.

Die entschiedene Optimierung der Wohnungs- und Mietpolitik steht bei uns im Fokus. Mit einem Parlamentsbeschluss im Mai haben wir bereits den Ausbau von Mieterberatungsstellen in allen Bezirken festgelegt, wodurch besonders einkommensschwache Berliner\*innen unterstützt werden sollen.

All das sind nur Ausschnitte des bereits von uns Erreichten. Und trotzdem liegt der größte Teil der Arbeit noch vor uns. Mit dem Beschluss des Doppelhaushalts 2019/2020 stehen wir nach Jahren des Kaputt-Kürzens vor einer Trendwende: Unter dem Motto finanzpolitischer Nachhaltigkeit investieren wir mit R2G in eine wachsende Stadt. Mit einer Schulbauoffensive für gute Schulen, 1.800 zusätzlichen Stellen und Geld für eine funktionierende und digitale Verwaltung, einem grünen Integrationsprojekt, dem Aktionsprogramm 1000 Grüne Dächer und vielen anderen Projekten. Wir kämpfen dafür, dass Berlin nicht nur sexy bleibt, sondern der Welt in Sachen Öko, Weltoffenheit und Gerechtigkeit zeigt, wie es gehen kann!



VON RAMONA POP

Bürgermeisterin und Senatorin für  
Wirtschaft, Energie und Betriebe

# »DAS WACHSTUM MUSS BEI ALLEN ANKOMMEN!«

Die neue Koalition hat ein Jahrzehnt der Investitionen ausgerufen. Wir müssen aufholen, was versäumt wurde: Sanierung von Schulen, städtische Infrastruktur, Personalmangel, Verwaltungsnotstand. Gleichzeitig gilt es, neue Herausforderungen zu meistern. Dazu gehören Wohnungsneubau und Stabilisierung der Mieten; die Integration der Neuberliner\*innen; das Erschließen von Zukunftschancen der Berliner Wirtschaft. Hier haben wir uns das Ziel gesteckt, Berlin zum Vorreiter für Klimaschutz und Energiewende zu machen. Die Aufgaben sind groß – die Koalition hat die richtigen Lösungsansätze und packt an.

**D**er neue Haushalt für die Jahre 2018/19: 500 Millionen Euro pro Jahr für zusätzliche Investitionen, 2.700 neue Stellen vor allem bei Schulen, Polizei und Feuerwehr. Wir investieren 100 Millionen Euro in ein neues Öko-Stadtwerk. Die Bezirke erhalten mehr als 60 Millionen Euro zusätzlich. Dennoch wollen wir, neben dem Ausbau der Fahrradinfrastruktur und der Sanierung der Schulen, mehr Schulden abbauen, als dies die GroKo einst geplant hatte.

Doch Investitionen müssen auch umgesetzt werden. Dafür brauchen wir ein neues Vergaberecht, das bei weniger Bürokratie ökologische und soziale Kriterien stärkt. Mehr Menschen sollen vom Wirtschaftswachstum profitieren. Wir haben das Mindestentgelt auf neun Euro/Stunde erhöht. Wichtig war mir auch die Preissenkung beim Sozialticket. Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir setzen auf Zukunftsbranchen: Energietechnik, Gesundheitswirtschaft, Mobilität, Digitalisierung. Darin steckt viel Potential für Wertschöpfung – aber auch für eine Ökologisierung der Berliner Wirtschaft. Wachstum ist kein Selbstzweck. Wir wollen sozialversicherungspflichtige Arbeit schaffen mit Löhnen, die ein gutes Auskommen sichern. Der Boom führt auch zu zunehmender Flächenkonkurrenz. Wir brauchen mehr Wohnungen, aber auch Flächen für die wirtschaftliche Entwicklung. Es gilt, Gewerbegebiete zu sichern und etwa beim Thema Breitbandausbau für die Zukunft fit zu werden. Das Thema Gewerbemieten beschäftigt mich: Auch hier findet Verdrängung statt, besonders soziale Einrichtungen leiden darunter.

## NACH EINEM JAHR R2G STEHT FEST: DIE KOALITION STELLT DIE WEICHEN NEU.

Wir wollen über den Bundesrat auch ein modernes Gewerbemietrecht in besonders angespannten Gewerbemietmärkten anregen.

Berlin ist Gründerhauptstadt: Die Dax-Unternehmen der Zukunft entstehen hier. Mit den neuen »Digital-Hubs« stärken wir die Themen »Internet of Things« und »FinTech« – zwei Zukunftsbranchen mit viel Potential für Berlin. Wir vernetzen Forschung, Start-Ups und etablierte Unternehmen. Mit der neuen Digitalagentur unterstützen wir gerade kleine und mittelständische Unternehmen bei der Umsetzung der Digitalisierung. Berlin ist in stetem Wandel. Das Wachstum muss vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Und es muss bei allen Berliner\*innen ankommen. Zwei Aufgaben, für die es gerade uns Grüne im Senat braucht.

# 3 FRAGEN AN:



DIE  
BÜRGERMEISTERIN  
UND SENATORIN

**15** Jahre ist hier nichts passiert. Wir müssen nun aufholen, was der letzte Senat versäumt hat. Wichtig ist mir, dass die Sanierung endlich losgehen kann, damit wir das ICC Stück für Stück funktionstüchtig machen.

## Das ICC, wie wird es weitergehen damit?

Schadstoffe müssen dringend entfernt werden, die Gebäudetechnik muss erneuert werden. Ich habe dem Parlament hierzu ein Konzept vorgelegt. Das ICC hat einen ganz eigenen Charme, aber so würde man heute natürlich nicht mehr bauen.

**J**a, das gibt es heute schon: In unserem gemeinsamen Pilotprojekt mit der Charité und der BVG fährt ein fahrerloser E-Bus auf dem Campusgelände im Testbetrieb. Das autonome Fahren wird die Art, wie wir Fahrzeuge zukünftig einsetzen und benutzen, grundlegend verändern. Zudem werden damit ganz neue Mobilitätsangebote möglich, die einen Beitrag hin zu einem besseren und umweltfreundlicheren Verkehr in Berlin leisten können.

## Autonomes Fahren in Berlin, wird es das geben?

Grundsätzlich braucht Digitalisierung auch einen Ausbau der Infrastruktur. Neben dem Breitbandausbau testen wir den neuen Mobilfunkstandard 5G in Berlin, was für autonomes Fahren notwendig ist. Wir brauchen 5G, um Daten in Echtzeit auszutauschen. Es gibt bereits wissenschaftliche Testfelder hierfür in Berlin – rund um den Ernst-Reuter-Platz und in Adlershof.

**W**ir haben eine Digitalisierungsstrategie für die Berliner Verwaltung initiiert, die alle Bereiche von Bildung bis Energie über Infrastruktur einschließt. Hierzu bringen wir die Verwaltung und Landesunternehmen mit den vielen Berliner Ideenschmieden und innovativen Startups zusammen.

Mit der Neuaufstellung der Innenverwaltung ist die Voraussetzung geschaffen, Dienstleistungen der Verwaltung digital anzubieten. Es soll das Servicekonto für jeden geben. Das heißt: Ich logge mich mit meinem Namen ein und kann dann die Dienstleistungen abrufen. Bereits jetzt bieten wir als Wirtschaftsverwaltung die Online-Gewerbeanmeldung in verschiedenen Sprachen an.

## Digitalisierung der Verwaltung, geht es voran?

Es gibt die große Erwartung in der Bevölkerung und der Wirtschaft, dass dieser Senat das Thema Verwaltung und Personal endlich angeht. Im Koalitionsvertrag haben wir beschlossen, dass wir Prozesse beschleunigen und den Generationswechsel in der Verwaltung nutzen, um Modernisierung und Digitalisierung voranzutreiben. Und das tun wir mit voller Kraft!

Interview von Stefan Zednik



# »WIR SETZEN AUF DEN RECHTSSTAAT UND EINE EFFEKTIVE JUSTIZ.«

Überlastete Gerichte, überfüllte Gefängnisse, explodierende Mieten: Die Aufgaben, die Dirk Behrendt als Justizsenator unter R2G im Herbst 2016 übernommen hat, waren gewaltig. Nach dem ersten Jahr in Regierungsverantwortung weist das Rote Rathaus auf eine lange Liste eingehaltener Wahlversprechen. Wir sprachen mit Dirk Behrendt darüber, was er im ersten Jahr seiner Amtszeit erreicht hat.

## **Was betrachtest du als deinen größten politischen Erfolg nach einem Jahr R2G in Berlin?**

Es ist uns mit meinem Haushaltsentwurf 2018/19 gelungen, die größte personelle Verstärkung der Berliner Justiz seit 25 Jahren anzugehen. Wir werden 243 zusätzliche Stellen für Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsbedienstete schaffen. Außerdem erweitern wir die Ausbildungskapazitäten der Justiz. Die Koalitionsmehrheit hat dem bereits zugestimmt. So werden wir u. a. die Überlastung der Gerichte abbauen.

## **Es könnte die Gerichte auch entlasten, wenn Schwarzfahren zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft würde. Wie sieht es damit aus?**

Schwarzfahren gehört zur Bagatelldelinquenz. Sie bindet erhebliche Ressourcen, angefangen bei der Polizei bis hin zu den Gefängnissen. Es ist davon auszugehen, dass allein in Berlin ständig 100 bis 200 Personen wegen Schwarzfahrens in Haft sind. Die Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus setzt sich seit Langem dafür ein, dies zu ändern.

## **Die Grüne Jugend wünscht sich auch die Herabstufung des Vermummungsverbot zu einer Ordnungswidrigkeit. Was denkst du darüber?**

Wir werden in Berlin das liberalste und freiheitsfreundlichste Versammlungsgesetz der Republik erarbeiten. Ob damit auch das Vermummungsverbot verändert wird, wird die Diskussion zeigen.



Imagemotiv©marcbi91 on VisualHunt.com



**Am 1. Juli nahm die vom Justizsenator initiierte Fach- und Koordinierungsstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ihre Arbeit auf. Was versprichst du dir davon?**

Die Fachstelle hilft Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, ihres familiären oder sozialen Status, ihres Alter oder einer Behinderung Diskriminierung erfahren. In der aktuellen Situation sind auch geflüchtete Menschen und Projekte, die sich für sie einsetzen, einem hohen Diskriminierungsrisiko ausgesetzt. Die angespannte Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt verschärft diese Probleme. Dafür haben wir eine bundesweit einmalige Beratungsstruktur entwickelt. In Berlin dürfen weder ein ausländisch anmutender Name, noch Kopftuch, Kippa oder Rollstuhl ein Nachteil bei der Wohnungssuche sein.

**Was kann die Koordinierungsstelle für betroffene Menschen konkret tun?**

Beispielsweise berät sie Betroffene, wie sie sich verhalten können und ob sie Klagemöglichkeiten haben. Mitunter kontaktiert die Stelle auch Hausverwaltungen und notfalls kann sie über die Presse öffentlichen Druck erzeugen.

**Der rot-rot-grüne Senat hat im September beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einen Antrag auf Normenkontrolle wegen der Vorschriften zur Schweinehaltung zu stellen. Was sind die Konsequenzen, wenn die Klage Erfolg hat?**

Die Bedingungen in vielen deutschen Schweineställen verstoßen gegen das Tierschutzgesetz und auch gegen die Verfassung. Berlin ist zwar kein Agrarland, aber wohl ein großes Verbraucherland. Die Berliner Verbraucher\*innen haben die berechtigte Erwartung, dass Tiere auch in der konventionellen Aufzucht so gehalten werden, dass ihre artspezifischen Grundbedürfnisse geachtet werden. Insbesondere ein ungenügendes Platzangebot, das Fehlen separater Liegeplätze und arbeitspezifischer Beschäftigungsmöglichkeiten drängen die Grundbedürfnisse unangemessen und damit tierschutzwidrig zurück. Diesen Saustall könnte das Bundesverfassungsgericht aufräumen.



**DIRK BEHRENDT**

Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

**Die AfD hat bei der Bundestagswahl sehr stark abgeschnitten – was ist aus deiner Sicht die richtige Strategie zum Umgang mit Protestwählern?**

Gerade jetzt kommt es auf politische Haltung an. Wir Grüne müssen den Aufrechten und Anständigen in unserer Gesellschaft den Rücken stärken. Dafür brauchen wir eine unmissverständlich links-liberale Gesellschaftspolitik. Wir werden niemanden »zurückholen«, wenn wir selbst kommunikativ rechts blinken und die Sprache der Populisten übernehmen. Protestwähler wählen dann lieber das Original. Unsere Rolle ist die Auseinandersetzung, der Widerspruch.

Interview von Beate Achilles



Portrait © arno

# ALLE AMPELN AUF GRÜN



VON REGINE GÜNTHER

Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

## BERLIN WIRD LEBENSWERTER

Berlin befindet sich in einem stetigen Wandel. Die Stadt wächst. Immer mehr Menschen ziehen in die Metropole und brauchen Platz. Platz zum Wohnen, für Arbeit, Freizeit und Mobilität. Gleichzeitig soll die Lebensqualität erhalten bleiben und nicht in Beton, Abgas und Stau ersticken. So wie Paris, London, Wien oder andere Metropolen steht auch Berlin vor der Herausforderung, die Zukunft der wachsenden Stadt ökologisch und sozial zu gestalten. Als Teil der neuen Regierungskoalition im Land Berlin haben wir diesen Prozess auf vielen Ebenen ins Rollen gebracht.

## STADTGRÜN SICHERN

Mit rund 40 Prozent Grünflächenanteil ist Berlin eine Metropole mit einzigartig viel Stadtgrün. Und das soll auch so bleiben! Ein Teil davon, insbesondere einige der großen Waldflächen, gehört zu den sogenannten Natura 2000-Gebieten. Das sind über ganz Europa verteilte Grünflächen, die nach EU-Kriterien als ökologisch wertvoll und schützenswert gemeldet wurden. Im Juli haben wir den Müggelsee als Natura 2000-Gebiet rechtlich geschützt. Der Grunewald, das Tegeler Fließ und der Spandauer Forst werden bis Ende des Jahres folgen.

Mit dem Ziel der Reduzierung der großen Anzahl von Coffee-to-go-Bechern wurde durch unsere Initiative die Kampagne Better World Cup<sup>1</sup> ins Leben gerufen. Rund 600 Verkaufsstellen machen bislang schon mit und gewähren Kund\*innen, die ihre eigenen Mehrwegbecher befüllen lassen, Rabatt. Coffee-to-go soll nachhaltiger werden.

<sup>1</sup> [www.betterworldcup.de](http://www.betterworldcup.de)

## FORTSCHRITT DURCH MOBILITÄT

In wachsenden Städten steigen auch die Mobilitätsbedürfnisse der Bürger\*innen. Der Platz für Straßen, Radwege und Bahngleise wächst jedoch nicht mit. Deshalb setzen wir wie viele andere europäische Metropolen auch auf die konsequente Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und des Fußverkehrs, den Ausbau der Radinfrastruktur und eine bessere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel.

In Berlin entwickeln wir für die Planung dieser neuen und vernetzten Mobilität verbindliche Regeln in einem Mobilitätsgesetz. Ein Teil dieses Gesetzes ist der boomende Radverkehr – ein Boom, den wir unterstützen wollen. Je sicherer und zuverlässiger die Radinfrastruktur ist, desto mehr Menschen können und werden das Rad nutzen. Der Radteil des Gesetzes ist in einem intensiven Dialog mit Umweltverbänden, Fahrradinitiativen, den Koalitionsfraktionen und der Verwaltung entstanden.





**»JE SICHERER UND  
ZUVERLÄSSIGER DIE  
RADINFRASTRUKTUR  
IST, DESTO MEHR  
WIRD DAS FAHRRAD  
IN DEN MITTELPUNKT  
DER BERLINER  
INFRASTRUKTUR  
RÜCKEN.«**

Zu einer wachsenden Stadt gehören auch steigende Pendlerzahlen. Doch der Ausbau der Bahnverbindungen ins Umland wurde lange Zeit vernachlässigt. Der neue Senat hat gemeinsam mit dem Land Brandenburg und der Deutschen Bahn vereinbart, verbindliche Planungen für mehr und vor allem besseren Schienenverkehr auf den Weg zu bringen. Ein eigens dafür installierter Lenkungskreis wird diese Planungen koordinieren. Kein Verkehrsmittel allein wird eine nachhaltige, komfortable und klimafreundliche Mobilität sicherstellen können. Es kommt darauf an, Bus und Bahn mit dem Radverkehr und Carsharing-Angeboten, mit Leihfahrradanbietern und innovativen Verkehrslösungen so zu vernetzen, dass alle Berliner\*innen bequem, sicher, schnell und zuverlässig von A nach B kommen.

Die Folgen des Dieselskandals sind auch in Berlin zu spüren: Die Grenzwerte für gefährliche Stickstoffoxide werden zum Teil deutlich überschritten. Eigentlich müssten die Verursacher, also die Automobilhersteller, konsequent betroffene Fahrzeuge nachrüsten und dürften nur noch solche verkaufen, die die Grenzwerte strikt einhalten. Solange das nicht geschieht, sind die Städte in der Klemme: Einerseits muss die Gesundheit der Menschen geschützt werden, andererseits fehlen den Kommunen die Instrumente dafür. In Berlin wollen wir durch Umrüstung der BVG-Busse mit Filtern die Emissionswerte senken und den Verkehr durch verbesserte Ampelschaltungen und Tempo 30 an dafür geeigneten Straßen verstetigen. Weniger Stop-and-go bedeutet weniger Schadstoffe.

### **BERLIN KLIMAFREUNDLICHER**

Stundenlanger Starkregen und heftige Stürme haben Berlin in diesem Sommer hart getroffen. Wollen wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens einhalten – und wir müssen sie einhalten, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten – müssen gerade die Städte ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Weltweit leben 50 Prozent der Menschen in Städten, die für 70 Prozent der klimaschädlichen Emissionen verantwortlich sind. In Berlin wurde in diesem Jahr das letzte Braunkohlekraftwerk der Stadt abgeschaltet und bis spätestens 2030 sollen auch die Steinkohlekraftwerke folgen. Das verabschiedete Energiewendegesetz schreibt das Ziel ganz klar fest: Berlin soll bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Bis dahin ist noch viel zu tun. Aber der neue Senat hat in diesem Jahr die ersten Weichen gestellt. Damit Berlin mobiler, sicherer, gesünder und klimafreundlicher wird.





# KLIMASCHUTZ WIRD IN BERLIN ENDLICH ERNST GENOMMEN

R2G BESCHLIESST DEN KOHLEAUSSTIEG BIS SPÄTESTENS 2030 UND STELLT IM HAUSHALT 40 MILLIONEN EURO FÜR DEN KLIMASCHUTZ BEREIT.

Im Bund ist er noch grüne Hoffnung, in Berlin bereits Gesetz: der Kohleausstieg. Mit den Stimmen der Koalition aus Grünen, SPD und LINKEN verabschiedete das Abgeordnetenhaus im Oktober eine Änderung des Berliner Energiewendegesetzes, die dafür endlich eine verbindliche Frist setzt: Bis spätestens 2030 ist Schluss mit der Kohleverbrennung.

## UNSER ZIEL SIND MAXIMAL 1,5 GRAD

Das Berliner Energiewendegesetz schreibt vor, dass die Hauptstadt bis 2050 klimaneutral werden soll. Welche konkreten Strategien und Maßnahmen dafür zu ergreifen sind, wird das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) festlegen, das bis Ende des Jahres verabschiedet werden soll. Das BEK wird sich entsprechend dem Pariser Klimaabkommen an einem maximalen globalen Temperaturanstieg von 1,5 Grad orientieren.

## KLIMAWANDEL FÜHRT AUCH IN BERLIN ZU MEHR WETTEREXTREMEN

Berlin ist von Klimaveränderungen bereits betroffen. Das zeigen uns über eintausend durch Starkregen bedingte Not-einsätze der Feuerwehr und vorbeitreibende Gullydeckel. Diesen Sommer war es Regen ohne Ende, nächstes Jahr kommt vielleicht wieder ein »Rekordsommer«, in dem wir uns über die (noch viel zu wenigen) öffentlichen Trinkwasserbrunnen freuen. Und das alles ist nur der Anfang, denn das Erdklima erhitzt sich weiter und auch hier bei uns müssen wir mit mehr Wetterextremen rechnen. Deshalb hat unsere grüne Verwaltung ein neues, eigenes Kapitel zu diesem Thema im BEK verankert.

Im Parlament kämpfen wir aktuell z.B. für das Programm »1000 Grüne Dächer« und für eine Vervielfachung der Trinkwasserbrunnen in der Stadt. Die neue »Regenwasser-Agentur« der Wasserbetriebe wird dabei zur Koordinatorin und Antreiberin. Sie soll bereits Anfang nächsten Jahres die Arbeit aufnehmen und die Entwässerung Berlins wetterfester machen.

## GRÜNE HABEN 40 MILLIONEN EURO FÜR DEN KLIMASCHUTZ DURCHGESETZT

Der neue Senat legt sich in der gemeinsamen Landesplanungs-Konferenz beim Thema Braunkohletagebau mit Brandenburg an und es geht durch die eingangs erwähnte Gesetzesänderung neben den Braunkohle- auch den Steinkohlekraftwerken an den Kragen. Doch der komplette Kohleausstieg braucht eine nachhaltige Wärmestrategie für Berlin. Denn noch ist Kohle das Rückgrat der Fernwärmeversorgung unserer Stadt. Klima-Senatorin Regine Günther arbeitet gerade intensiv mit allen Beteiligten daran, dass sich das schnell, rechtssicher und sozialverträglich ändert. Richtig so! Dank grüner Entschlossenheit bei den Haushalts- und Koalitionsverhandlungen stehen nun über 40 Millionen Euro für die Umsetzung des BEK und damit für die klimapolitische Trendwende bereit. Unterstützt durch starke Grüne in den Bezirken und in der Zivilgesellschaft könnte Berlin damit doch noch zur »Klimahauptstadt« werden.

Herausfordernd wird nun, alle von uns gestarteten Initiativen – vom Kohleausstieg in Moabit über den Mieterstrom in Tempelhof bis hin zum Gründach in Lichtenberg – in die Praxis zu überführen. Und zwar bis 2020! Denn Berlin muss sich strecken, um sein eigenes Klimaschutz-Ziel von minus 40 Prozent bis 2020 zu erreichen. Auch das ist eine Parallele zur Bundesebene. Und auch das ist ein Grund, weiterhin ungeduldig zu bleiben

von Georg P. Kössler MdB

ist Klimapolitischer Sprecher der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus und kommt selber aus der Klimabewegung.

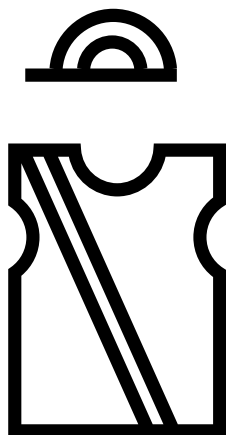




# TAG DER VERKEHRSSICHERHEIT

## »SO HABE ICH DIE HAUPTSTRASSE NOCH NIE GESEHEN«,

frohlockte eine Seniorin. Ein buntes Treiben hatte sich am Samstag Vormittag vor dem Odeon-Kino eingestellt. Kaffee, Kuchen, Info-Stände und Luftballons. Grüne und Verkehrsverbände hatten zum Tag der Verkehrssicherheit eingeladen und plötzlich wurde stadteinwärts die Straße gesperrt. Samba Klänge schallten über die Straße und dann ging alles ganz schnell. Ein roter Teppich für Fußgänger wurde über die Fahrbahn gerollt, ein großes Transparent über den Teppich auf die Straße getragen und dann folgten Kinder mit ihren Eltern, zufällige Passant\*innen und Senior\*innen.

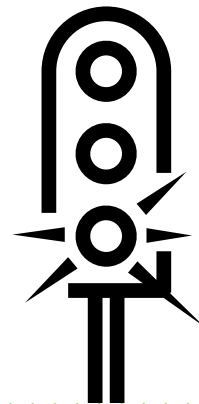


von Matthias Dittmer  
Sprecher LAG Mobilität

## KINDER EROBERTEN DIE GESPERRTE STRASSE

»Ob eine Stadt zivilisiert ist, hängt nicht von der Zahl ihrer Schnellstraßen ab, sondern davon, ob ein Kind auf dem Dreirad unbeschwert überall hinkommt«, prangte auf dem übergroßen Banner. Das war das Motto und in dem Moment, als sich dieser Satz versinnbildlichte, entstand ein wirklich magischer Moment. Kinder eroberten die gesperrte Straße und da, wo sich Autos sonst in Richtung Stadt quälen, startete ein Bobby Car-Rennen. An der Kreuzung Dominicusstraße ging es los und Ziel war der rote Teppich vor dem Kino. Fröhliche Kinder, lächelnde Polizisten und eine Seniorin wurden auf einer Fahrradrikscha in großen Kreisen über den Asphalt kutschiert.

Stauende Passant\*innen umsäumten die Straße und aus den an der Ampel stadtauswärts wartenden Autos winkten gelegentlich lachende Autofahrer\*innen ihren kleinen Kolleg\*innen. Im Anschluss haben wir im Kino Odeon mit unserem Staatssekretär Jens Holger Kirchner und vielen Vertreter\*innen von Verbänden zum Thema Verkehrssicherheit Filmbeiträge aus London gesehen, die dokumentierten, dass man dort Möglichkeiten gefunden hat, die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg zu gewährleisten. An Schulen grenzende Straßen werden dort kurzerhand zu bestimmten Zeiten mit Pollern gesperrt.



## MOBILITÄT

IN BERLIN  
PRO PERSON UND TAG<sup>1</sup>

**70,1 MIN**  
Ø ZEIT

**24 MIN**  
Ø WEGEDAUER



**20,2 KM**  
Ø TAGESDISTANZ

**6,9 KM**  
Ø WEGELÄNGE

**3,4 x**  
Ø WEGEANZAHL

<sup>1</sup> Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt; Mobilität der Stadt - Berliner Verkehr in Zahlen 2013

# DIE NEUE SPRECHERIN STEPHANIE GRÄVE



Imagemotiv © Meymigrou Mey

September, drei Tage nach der Wahl: Die LAG Kultur wählt Sprecher und Sprecherin neu. Henry Arnold macht weiter, Stephanie Gräve übernimmt von Lena Tietgen den Job.



## **THEATER UND DEMOKRATIE, WIE PASST DAS ZUSAMMEN?**

Theater sind die letzten absolutistischen Fürstentümer, und Unterordnung ist nicht meine Stärke. Dennoch: Das Stadttheater ist ein tolles Instrument, um Literatur und gesellschaftliche Wirklichkeit zu verbinden.

## **WELCHE ROLLE KANN KULTUR AUS GRÜNER SICHT SPIELEN?**

Kunst und Kultur bieten den Gegenentwurf zu einer von Empathieverlust und Verrohung geprägten Welt. Sie dienen als Bindeglied für zunehmend einander misstrauisch gegenüberstehende Milieus. Dennoch darf Kunst nicht »verzweckt« und politisch benutzt werden, auch nicht von den »Guten«.

## **POLITIK IST NEULAND FÜR DICH. EIN NACHTEIL?**

Es kann auch gut sein, wenn jemand nicht alles als gegeben hinnimmt, sondern erst einmal fragt: Warum ist es so – und nicht vielleicht ganz anders?

Interview von Stefan Zednik



## **EINE KURZVORSTELLUNG.**

Geboren 1968 in Duisburg, in einer wenig kulturrainen Umgebung, entdeckt Stephanie Gräve in der Oberstufe die Welt der Literatur. Doch die Leidenschaft der studierten Germanistin, Philosophin und Theaterwissenschaftlerin aus Duisburg wird das Theater. Seit langem ist sie als Assistentin, Dramaturgin und zuletzt als Schauspieldirektorin in Bern aktiv. Zur Zeit betreut sie freie Projekte, ist aktiv u. a. im Netzwerk »artbutfair« und seit einem Jahr Mitglied der Grünen.

# SOZIALE PROBLEME LASSEN SICH NICHT ABSCHIEBEN!

WARUM POLEMIK NIEMANDEM HILFT

Das Phänomen ist weder neu, noch Berlin-spezifisch: Seit der EU-Osterweiterung stranden viele Menschen auf Arbeitssuche u. a. in der Hauptstadt, um den schlechten Lebensumständen und der Perspektivlosigkeit ihrer Heimatländer zu entfliehen. Hier landen sie oft auf der Straße. Besonders verheerend: Anders als deutschen Obdachlosen stehen Unionsbürger\*innen nach Bundesgesetzen keine Hilfen zu. Verboten sind sie allerdings auch nicht. Was also tun?

Um diese Not zu beseitigen, setzt der grüne Bürgermeister in Berlin Mitte auf Abschiebung. Mit seiner Forderung »aggressive osteuropäische Obdachlose abschieben« versucht Stephan von Dassel vom eigentlichen Problem abzulenken: Geschätzt leben ca. 20.000 Wohnungslose aller Nationalitäten auf Berlins Straßen. Streetworker, Wohlfahrtsverbände und Organisationen bekommen zu wenig Mittel, genügend Schlafplätze sind nicht vorhanden. Die Abschiebung von einer Handvoll »aggressiver« Menschen nach Polen ist keine Lösung – weder für Berlin, noch für die Betroffenen. Dadurch werden weder mehr Hilfsangebote noch zusätzliche Schlafplätze geschaffen. Ganz abgesehen davon, dass EU-Bürger\*innen rechtlich gar nicht abgeschoben werden können. Anstatt also ins rechte Horn zu blasen, sollten wir uns echte Alternativen überlegen.

Köln hat gerade erst auf grüne Initiative 650.000 Euro im Sozialetat für ein Paket niederschwelliger Hilfe- und Interventionsmaßnahmen für Zugereiste aus osteuropäischen EU-Staaten bereitgestellt. Kurzfristige humanitäre Angebote, gefolgt von einem starken Konzept, das langfristig greift: Das sind die Aufgaben, denen wir uns dringend stellen müssen. Mit Polemik kommen wir jedenfalls nicht weiter.

von **Svenja Borgschulte**  
Sprecherin  
LAG Migration & Flucht

DAS WAHLRECHT FÜR  
EU-BÜRGER\*INNEN AUSBAUEN



## DORT MITBESTIMMEN, WO MAN LEBT!

In Berlin leben mittlerweile über 200.000 Bürger\*innen aus anderen EU-Staaten. Die Freiheit, zu entscheiden, wo man in der EU leben, arbeiten und studieren will, ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration – und es ist gut, dass immer mehr Menschen davon Gebrauch machen. Die sogenannte Unionsbürgerschaft garantiert dabei gewisse Bürgerrechte: Petitions- und Beschwerderecht, diplomatischen und konsularischen Schutz sowie das Kommunalwahlrecht und Wahlrecht zum Europäischen Parlament.

Doch nur wenige Menschen machen von diesem Wahlrecht Gebrauch: Bisher haben sich im Durchschnitt nur 6,5 Prozent der wahlberechtigten Unionsbürger\*innen in Deutschland in ein Wählerverzeichnis eintragen lassen. Für die anstehende Europawahl ist das eine riesige Chance, in Berlin gezielt EU-Mitbürger\*innen für die Eintragung ins Wählerverzeichnis anzusprechen – und natürlich dafür zu werben, dass sie Grün wählen. Erste Initiativen, wie die »International Greens in Berlin« der LAG und BAG Europa, legen den Grundstein dafür.

Warum sollten EU-Bürger\*innen nicht auch bei der Wahl für das Abgeordnetenhaus und für den Bundestag mitbestimmen dürfen? Im Bundestagswahlprogramm fordern wir: »Unionsbürger\*innen sollten ein Landtagswahlrecht in Deutschland erhalten. Perspektivisch sollte die Unionsbürgerschaft zu einer europäischen Staatsbürgerschaft fortentwickelt werden.« Jetzt ist es an der Zeit, diese Forderung mit Leben zu füllen – z. B. könnte das Land Berlin hierzu eine Initiative starten.

von **Anna Cavazzini** und  
**Sibylle Steffan**  
Sprecherinnen der BAG Europa



KONSERVATIVEN POLITIKER\*INNEN UND TEILEN DER SPD FÄLLT ZUM THEMA »SICHERHEIT« HÄUFIG NUR EINES EIN: SIE FORDERN MEHR VIDEOÜBERWACHUNG.

Die Argumente sind ausgetauscht und so lange bekannt, dass sie sich inzwischen langweilen und apathisch wie Zirkuslöwen ihre Runden im Käfig in der öffentlichen Debatte drehen. Das hindert die CDU nicht, in Berlin eine scheinbare Bürgerinitiative dafür zu starten. Wenig überraschend scheuen Befürworter\*innen eine Evaluierung der Wirkung bestehender Videoüberwachung in Berlin. Alle bisherigen Studien in anderen Städten ergaben eine fast vollständige Wirkungslosigkeit. Zuletzt wurde das in einer Studie der Uni Neuburg über die neu eingeführte Videoüberwachung in Genf festgestellt. Inzwischen spricht sich nicht nur der Bund Deutscher Kriminalbeamter, sondern auch die Gewerkschaft der Polizei gegen mehr Videoüberwachung aus.

Bei Debatten um Videoüberwachung spielt tatsächliche Sicherheit keine Rolle. Videoüberwachung wirkt allenfalls gegen geplante Straftaten oder manchmal bei der Aufklärung.

In Genf war das der Drogenhandel. Tatsächliche Folgen einer Sicherheitsdebatte stehen im Widerspruch zu den Erwartungen. Die Forderung nach mehr Videoüberwachung will das Sicherheitsgefühl stärken und führt doch nur zu einem größeren Unsicherheitsgefühl. Bündnisgrüne Positionen sollten hier fundiert und angemessen argumentieren.

Die LAG Demokratie und Recht trägt dazu bei. Sie beschäftigt sich vor allem mit Fragen der demokratischen Beteiligung und Innerer Sicherheit.

Die LAG Demokratie und Recht trägt dazu bei. Sie beschäftigt sich vor allem mit Fragen der demokratischen Beteiligung und Innerer Sicherheit.

von **Bernhard Kern**

Sprecher LAG Demokratie und Recht

## SICHER UNSICHER

### VIDEOÜBERWACHUNG



Imagemotiv © Arvin Febrzy



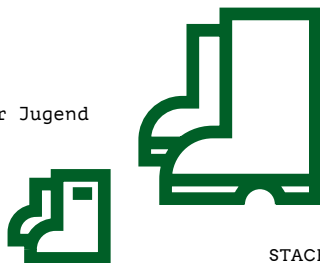
## IN DUBIO PRO FAMILIA

DIE AG KINDER JUGEND FAMILIE  
STELLT SICH VOR

Unsere Arbeitsgruppe Kinder Jugend Familie (AG KiJuFa) trifft sich regelmäßig am ersten Dienstag eines Monats in der Landesgeschäftsstelle. Wir diskutieren familienpolitische Themen aus grüner Sicht. Bisher haben wir uns u. a. mit der Ehe für alle und vielfältigen Familienmodellen, der Förderung von Alleinerziehenden, Familienservicebüros und mit der Thematik der minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten befasst. Derzeit beschäftigen wir uns mit dem für Berlin geplanten **Familienförderungsgesetz**. Anders als andere Bundesländer hat Berlin ein solches Gesetz bislang noch nicht. Die rot-rot-grüne Koalition hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieses Problem in der laufenden Legislaturperiode anzugehen. Es soll einen breiten Beteiligungsprozess für das Gesetzgebungsverfahren geben, welchen unsere AG unterstützen und an dem sie mitwirken möchte.

Sinn des Gesetzes soll sein, Ziele einer **modernen, ganzheitlichen Familienpolitik für Berlin zu definieren und konkrete familienpolitische Maßnahmen und Projekte festzuschreiben**. Verbindliche Standards der Familienförderung in den verschiedenen Bereichen sollen festgelegt und finanziell unteretzt werden. Hierzu gehört das Programm Stadtteilmütter, der Aufbau von Familienservicebüros in den Bezirken und der Ausbau der Beratungsangebote für Familien in Trennungssituationen, um nur einige Themen zu nennen, die uns wichtig sind. Wir kämpfen dafür, dass die grünen familienpolitischen Ziele im Gesetzgebungsverfahren nicht zu kurz kommen. Vor allem der inklusive und interkulturelle Ansatz von Familienpolitik sowie die besonderen Bedarfe von geflüchteten und zugewanderten Familien sollen berücksichtigt werden. Der grüne Familienbegriff ist vielfältig. Die Vielfalt von Familien und die unterschiedlichen Lebensmodelle sollen sich in dem Gesetz wiederfinden.

von **Petra Vandrey**  
Sprecherin AG Kinder Jugend  
Familie



## XHAIN DREHT AM RAD

KREISVERBAND  
FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

In der Nacht vom 24. auf den 25. September wurde lange gezittert im Rathaus Kreuzberg. Nach einem intensiven Wahlkampf mit ca. 300 Ständen im ganzen Wahlkreis und einer starken Onlinepräsenz konnten wir uns am Schluss über den großen Erfolg, mit Canan Bayram weiterhin eine direkt gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag zu haben, freuen. Zahlreiche engagierte (Neu-) Mitglieder haben das möglich gemacht. Themen, die Menschen bei uns im Bezirk bewegen, sind vor allem die Mieten- und Wohnungspolitik, Sozialpolitik aber auch die Verkehrspolitik. Sie haben große Erwartungen an uns und wollen, dass wir unsere Ideen und Konzepte auch umsetzen. Daran arbeiten unsere grünen Stadträt\*innen mit Hochdruck. So zeigt beispielsweise unser Baustadtrat Florian Schmidt mit der Ausübung des Vorkaufsrechts, das der Bezirk mit Unterstützung der Landesebene mittlerweile zehn Mal genutzt hat, dass es sich lohnt, renditeorientierten Investor\*innen resolut entgegenzustehen.

Im Bezirk wollen wir in den nächsten fünf Jahren das Radfahren noch attraktiver und sicherer machen. Die Umsetzung eines schon in der letzten Legislaturperiode von der BVV-Fraktion erarbeiteten Radplans steht nach ersten Erfolgen weiter im Fokus. Mit dem Rückenwind der neuen Landesregierung und ihrem Bekenntnis zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur stehen dem Bezirk dafür neue Ressourcen zur Verfügung, die wir nutzen wollen. Im Doppelhaushalt ist es uns gelungen, grüne Schwerpunkte zu setzen. Unsere Finanzstadträtin Clara Herrmann hat die vielen Herausforderungen bei der Planaufstellung überzeugend gemeistert. Nach jahrzehntelangen Sparzwängen freuen wir uns über diverse Veränderungen sowie mehr Personal und Budget für die Bezirke. Das ist ein wichtiger und notwendiger Schritt in die richtige Richtung, aber es muss sich weiterhin noch einiges bewegen.

von  
**Vasili Franco**  
Geschäftsführender Ausschuss KV Xhain  
**Annika Gerold**  
Fraktionssprecherin BVV-Fraktion Xhain

## R2G FÜR STEGLITZ- ZEHLENDORF

### ERWARTUNGEN AN DAS LAND

Ein gutes Jahr regieren die Grünen in Berlin mit. Die Erwartungen in den Bezirken sind groß. Ein erster Schritt ist mit der deutlichen Aufstockung der Bezirksmittel getan. Schwerpunkte im Bereich Musikschulen, Radinfrastruktur und Schulbau kommen auch in Steglitz-Zehlendorf an. Dennoch bleiben Wünsche offen: zum Beispiel die Verbesserung des S-Bahntakts und eine Lösung für die Einpendlerproblematik in den Stadtrandlagen. Auch Steglitz-Zehlendorf wächst und benötigt die Hilfe des Landes für mehr und vor allem bessere Infrastruktur.

Die Kreismitgliederversammlung hat im zurückliegenden Sommer einen 11-Punkte-Forderungskatalog erstellt, mit Zielen und Aufgaben für die Landesebene. Dazu gehört eine öffentlich zugängliche, kulturelle Nachnutzung für die Dahlemer Museenlandschaft. Wir sprechen uns dabei dafür aus, dass das Museum für europäische Kulturen (MEK) in Dahlem bleibt und zum Kern für ein europäisches Kulturzentrum wird.

Gerade nach dem Herbststurm Xavier zeigt sich, dass wir mehr für den Baumschutz tun müssen. Steglitz-Zehlendorf hat die meisten Straßenbäume Berlins – und kommt mit der Pflege und dem Nachpflanzen lange nicht mehr nach. Über 1.000 Bäume fielen Xavier allein in unserem Bezirk zum Opfer. Wir brauchen eine Nachpflanzungs-offensive und ein neues Baumkonzept in Zeiten des Klimawandels!



Das gesamte Papier findet sich unter folgendem Link:  
<http://gzuenlink.de/1dxq>

von Ronald Wenke  
Kreisvorsitzender  
Steglitz-Zehlendorf

## IGA 2017

### VIEL GRÜN BLEIBT FÜR MARZAHN-HELLERSDORF



Die Internationale Gartenausstellung (IGA) Berlin 2017 in Marzahn-Hellersdorf? Viele waren da skeptisch. Bündnis 90/Die Grünen haben sich trotzdem seit 2012 in die Vorbereitungen eingebracht und unsere Bezirksverordneten Bernadette Kern und Cordula Streich haben dabei Wert auf Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit gelegt. Ein wichtiger Erfolg war, dass Naturschutzverbände und Anwohner\*innen frühzeitig und kontinuierlich in die Planungen einbezogen wurden. Für das IGA-Gelände wurde eine Kartierung vorhandener, schützenswerter Tier- und Pflanzenarten erstellt (ein Monitoring dazu läuft in den nächsten zehn Jahren), eine ökologische Parkpflege durchgesetzt und der Wuhleteich renaturiert.

Zum ersten Mal wird in Zusammenarbeit mit dem BUND ein Umweltmanagementsystem für Gartenschauen entwickelt. Als Nachhaltigkeitszertifizierungssystem soll es künftig in Deutschland bei allen Gartenschauen Anwendung finden. Die Flächen rund um den Wuhlesee und den Kienberg wurden ökologisch umgestaltet und sind nun attraktive Naherholungsräume. Der ökologische Waldumbau auf dem ursprünglichen Trümmerberg bietet gute Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Artenvielfalt bei Insekten und Vögeln. Durch ein Beweidungskonzept mit alten Nutztierassen wird auch über die IGA hinaus eine umweltschonende Landschaftspflege erreicht. Ein großer Erfolg ist, dass der IGA-Campus mit dem »Klassenzimmer im Grünen« erhalten bleibt. Ebenso wird das neue Umweltbildungszentrum jungen Menschen im Bezirk für »Bildung für nachhaltige Entwicklung« zur Verfügung stehen. Neben den ökologischen Aspekten wichtig: Mit dem spektakulären »Wolkenhain« und der Seilbahn bekam der Bezirk Attraktionen, die neue Wahrzeichen für Marzahn-Hellersdorf geworden sind. Die Seilbahn bietet nach der IGA die Chance, ein innovatives, energiesparendes, lärmarmes Verkehrsmittel in Berlin zu testen. Der Senat muss nun prüfen, wie die Einbindung in das öffentliche Verkehrssystem gelingt.



Neben den ökologischen Aspekten wichtig: Mit dem spektakulären »Wolkenhain« und der Seilbahn bekam der Bezirk Attraktionen, die neue Wahrzeichen für Marzahn-Hellersdorf geworden sind. Die Seilbahn bietet nach der IGA die Chance, ein innovatives, energiesparendes, lärmarmes Verkehrsmittel in Berlin zu testen. Der Senat muss nun prüfen, wie die Einbindung in das öffentliche Verkehrssystem gelingt.

von der AG Öffentlichkeitsarbeit  
KV Marzahn-Hellersdorf

# ARBEITS- &

## AG AGRAR- UND ERNÄHRUNGSPOLITIK

Treff i.d.R. monatlich mittwochs um 19 Uhr

Sibylle Steffan, Daniela Wannemacher  
[berlinagrار@gmail.com](mailto:berlinagrار@gmail.com)

## AG AKTIV GEGEN RECHTS

Treff jeden 3. Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr

Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch  
[carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de](mailto:carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de)  
[daniel.gollasch@gruene-berlin.de](mailto:daniel.gollasch@gruene-berlin.de)

## AG BUNT-GRÜN

Treff unregelmäßig, bitte erfragen

Urban Aykal, Filiz Keküllüoğlu  
[bunt@gruene-berlin.de](mailto:bunt@gruene-berlin.de)

## AK GRUNDSICHERUNG/GRUNDEINKOMMEN

Treff i.d.R. am letzten Donnerstag im Monat um 19 Uhr

Joachim Behncke  
[ak-grundsicherung@gruene-berlin.de](mailto:ak-grundsicherung@gruene-berlin.de)

## AG KINDER JUGEND FAMILIE

Treff i.d.R. jeden 1. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr  
in der Landesgeschäftsstelle

Petra Vandrey, Sebastian Serowy  
[petra.vandrey@gruene-cw.de](mailto:petra.vandrey@gruene-cw.de)  
[sebastian.serowy@gruene-fraktion-sz.de](mailto:sebastian.serowy@gruene-fraktion-sz.de)

## AG TIERSCHUTZPOLITIK

Treff (meist) alle 2 Monate am letzten Donnerstag  
im Monat um 19 Uhr

Christina Söhner, Axel Lüssow  
[ag.tierschutzpolitik@gruene-berlin.de](mailto:ag.tierschutzpolitik@gruene-berlin.de)

## AG VERBRAUCHERSCHUTZ

Treff Ort und Zeit bitte erfragen

Turgut Altug, T. 23 25-24 30  
[turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de)

Stand 22.11.2017

Genauere Termine & Ort bitte stets erfragen.

Weitere Informationen und Ansprechpersonen  
auf [gruene-berlin.de](http://gruene-berlin.de) und  
[gruene.berlin/landesarbeitsgemeinschaften-und-kreisverbaende](http://gruene.berlin/landesarbeitsgemeinschaften-und-kreisverbaende)

<sup>1</sup>Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchner Str. 5, 10111 Berlin

<sup>2</sup>Landesgeschäftsstelle  
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

# LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN

## BILDUNG

Treff 14-tägig, Mittwoch 19.30 Uhr im  
Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Stefanie Remlinger, T. 23 25-24 73  
[stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de)  
Karsten D. Gloger, T. 0176 49 61 15 00  
[karstendirk@web.de](mailto:karstendirk@web.de)

## BÜNDNISGRÜNE CHRISTINNEN

Treff jeden 3. Donnerstag im Monat 19.15 Uhr  
Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82  
oder im Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Alexander Barthel  
[lag.christinnen@gruene-berlin.de](mailto:lag.christinnen@gruene-berlin.de)

## DEMOKRATIE UND RECHT

Treff Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19.00 Uhr  
i.d. R. im Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Christiane Howe, Bernhard Kern  
[demrecht@gruene-berlin.de](mailto:demrecht@gruene-berlin.de)

## DROGENPOLITIK

Treff jeden 4. Mittwoch im Monat um 20 Uhr,  
Grünes-Igel-Büro, Dresdener Str. 10, 10999 Kreuzberg

Jan Fährmann, Silke Kolwitz  
[LAG.Drogenpolitik@gruene-berlin.de](mailto:LAG.Drogenpolitik@gruene-berlin.de)

## ENERGIE BRANDENBURG BERLIN

Treff jeden 4. Mittwoch im Monat um 19 Uhr

Marion Hasper, [marion.hasper@gruene-berlin.de](mailto:marion.hasper@gruene-berlin.de)

## EUROPA BERLIN BRANDENBURG

Treff 14-tägig montags um 19 Uhr  
im Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Sibylle Steffan, Torben Wöckner  
[lag-europa@gruene-berlin.de](mailto:lag-europa@gruene-berlin.de)

## ABT. FRAUEN\* UND GENDER

Treff an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr  
Landesgeschäftsstelle<sup>2</sup>

Julia Maria Sonnenburg, Julia Dittmann  
[Julia.maria.sonnenburg@gruene-berlin.de](mailto:Julia.maria.sonnenburg@gruene-berlin.de)  
[Julia.dittmann@gruene-berlin.de](mailto:Julia.dittmann@gruene-berlin.de)

## FRIEDEN & INTERNATIONALES

Treff an jedem 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr  
Landesgeschäftsstelle<sup>2</sup>

Andreas von Brandt, T. 0160 538 26 67  
Juliana Wimmer, [Juliana.wimmer@gruene-berlin.de](mailto:Juliana.wimmer@gruene-berlin.de)

## GESUNDHEIT & SOZIALES

Treff Jeweils von 19.00 bis 21.00 Uhr  
im Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Wolfgang Schmidt  
[wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de](mailto:wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de)  
Michael Haberkorn, T. 0178 416 37 17  
[michael.haberkorn@gruene-berlin.de](mailto:michael.haberkorn@gruene-berlin.de)

## GRÜNE JUGEND BERLIN

Treff jeden Montag ab 19 Uhr in der  
Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain  
Louisa Hattendorff, Jana Brix  
[info@gj-berlin.de](mailto:info@gj-berlin.de)  
[www.gj-berlin.de](http://www.gj-berlin.de) | [Twitter.com/gjberlin](https://twitter.com/gjberlin)

## KULTUR

Treff jeden 3. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr  
im Abgeordnetenhaus von Berlin und in  
unregelmäßigen Abständen »Kultur on Tour«

Stephanie Gräve, [steph.graev@googlemail.com](mailto:steph.graev@googlemail.com)  
Henry Arnold, T. 0172 393 85 94  
[mail@henryarnold.de](mailto:mail@henryarnold.de)

## MEDIEN

Treff an jedem 4. Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr  
im Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Torsten Wiesske, [torsten.wiesske@gruene-berlin.de](mailto:torsten.wiesske@gruene-berlin.de)  
Matti Seithe, [matti.seithe@gruene.berlin.de](mailto:matti.seithe@gruene.berlin.de)

## MIGRATION UND FLUCHT

Treff jeden 4. Mittwoch im Monat  
im Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Svenja Borgschulte, Emre Tekemen  
[migration@gruene-berlin.de](mailto:migration@gruene-berlin.de)

## MOBILITÄT

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat

Annabelle Wolfsturm, Matthias Dittmer  
[lag-mobilitaet@gruene-berlin.de](mailto:lag-mobilitaet@gruene-berlin.de)

## NETZPOLITIK

Treff 1. oder 2. Donnerstag im Monat

Svea Balzer, Sebastian Steinbach  
[netzpolitik@gruene-berlin.de](mailto:netzpolitik@gruene-berlin.de)

## PLANEN BAUEN WOHNEN

### STADTENTWICKLUNG

Treff i.d.R. am 2. Mittwoch im Monat um 18 Uhr im  
Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Susanne Jahn, Martin Reents  
[lag-bauen@gruene-berlin.de](mailto:lag-bauen@gruene-berlin.de)

## UMWELT

Treff an jedem 4. Montag im Monat um 19 Uhr im  
Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Marion Hasper, T. 0171 640 88 50  
Rosalie Arendt, Hans Jörg Henning  
[umwelt@gruene-berlin.de](mailto:umwelt@gruene-berlin.de)

## QUEERGRÜN

Treff an jedem letzten Mittwoch im Monat um 19 Uhr  
im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg,  
Fritz-Reuter-Str. 1

Maria Meisterernst, Ulli Reichardt  
[queer@gruene-berlin.de](mailto:queer@gruene-berlin.de)

## SÄKULARE GRÜNE

Treff an jedem ersten Mittwoch im Monat  
um 19 Uhr im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg,  
Fritz-Reuter-Str. 1

Guðrun Pannier, [g.pannier@pannier-schulungen.de](mailto:g.pannier@pannier-schulungen.de)

## WIRTSCHAFT & FINANZEN

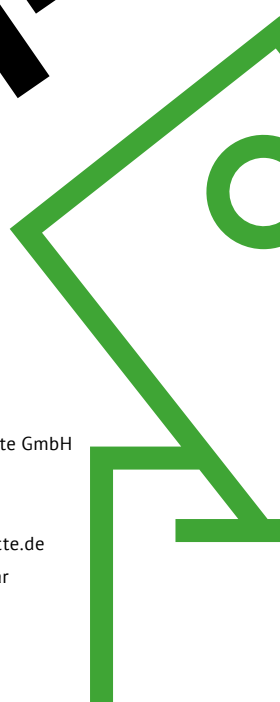
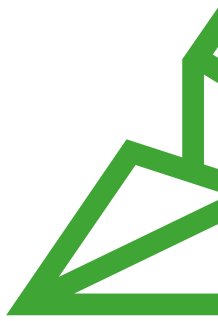
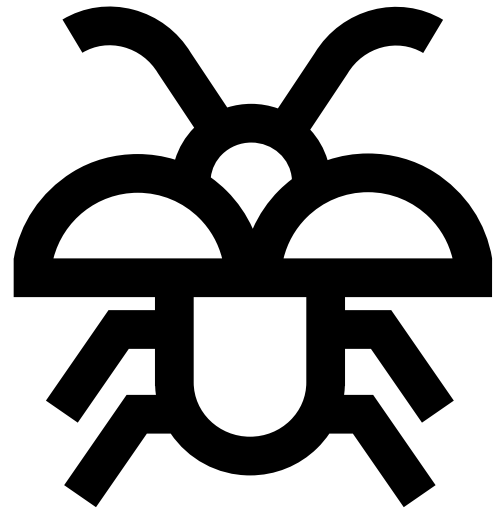
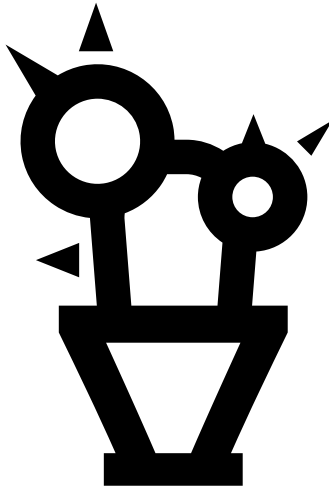
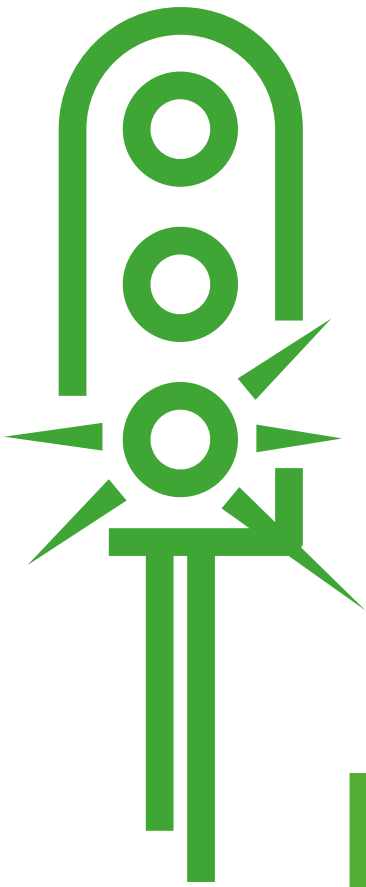
Treff 14-tägig donnerstags 19 Uhr  
in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1

Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch  
[lag-wirtschaft@gruene-berlin.de](mailto:lag-wirtschaft@gruene-berlin.de)

## WISSENSCHAFT

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr im  
Abgeordnetenhaus von Berlin<sup>1</sup>

Heidi Degethoff de Campos, T. 0172 852 31 99  
Lucas Höwner, [wissenschaft@gruene-berlin.de](mailto:wissenschaft@gruene-berlin.de)



## IMPRESSUM

04/2017, 39. Jg., Nr. 198

## HERAUSGEBER

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Berlin

Kommandantenstr. 80


10117 Berlin (U2 Spittelmarkt)

T. (030) 61 50 05-0

F. (030) 61 50 05-99

E. [info@gruene-berlin.de](mailto:info@gruene-berlin.de)

[www.gruene.berlin](http://www.gruene.berlin)

 [facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin](https://www.facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin)

 [twitter.com/gruene\\_berlin](https://twitter.com/gruene_berlin)

## REDAKTION

Beate Achilles | Stefan Zednik | Claudio Prillwitz

(i.S.d.P.)

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

E. [stachligeargumente@gmail.com](mailto:stachligeargumente@gmail.com)

## REDAKTIONSSCHLUSS

Für die kommende Ausgabe

15. Februar 2018

Lesebriefe bitte per Email senden an

[stachligeargumente@gmail.com](mailto:stachligeargumente@gmail.com)

Die einzelnen Beiträge der Autor\*innen geben die Meinung der jeweiligen Verfasser\*innen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion.

## GRAFIK & LAYOUT

Großstadtzoo GbR

Rudolfstr. 11, 10245 Berlin

Jennifer Tix | Natascha Kornilowa | Yella Schaub

[www.grossstadtzoo.de](http://www.grossstadtzoo.de)

## DRUCK

DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH

Wilhelm-Kabus-Str. 21–35

10829 Berlin

[www.druckhaus-berlin-mitte.de](http://www.druckhaus-berlin-mitte.de)

Material RecyStar® Polar

Auflage 6.700



Dieses Druckerzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.